

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Einzelgenpreis die 6 gepalt. Colonetzelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Auf Granit gebissen.

Der jüngste verleumderische Vorstoß der „Berliner“ gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung hat eine Wendung genommen, wie sie diese Herren wohl nicht geträumt haben. Nun ist's genug! Es muß ein Ende nehmen mit der unerbittlichen Verächtlichmachung unserer ehrlichen Arbeit, mit der direkt verleumderischen Kampfesweise von „Sib Berlin“! In diesen Forderungen treffen sich die immer zahlreicher werdenden Stimmen und Protestkundgebungen gegen die „Berliner“, die wir in den letzten Wochen und Tagen in der Presse finden. Einhellig steht die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung hinter der Protesterklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes. Mit ruhiger Entschiedenheit und imponierender Deutlichkeit protestierten ebenfalls die um die Sache der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands hochverdienten geistlichen Leiter dieser Vereine gegen die skandalösen Verächtlichmachungen und Unterstellungen durch die Berliner Quertreiber.

Die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften haben, Hand in Hand mit ihren evangelischen Kollegen, sich in jahrelanger ausdauernder Arbeit eine achtunggebietende Position in unserem Wirtschaftsleben geschaffen. Diese Position haben sie sich erkämpft unter ausbrüllender Ablehnung und in scharfer Frontstellung gegen die christentumsfeindliche und klassenkämpferische Sozialdemokratie. Der Sozialdemokratie gegenüber haben sie stets betont, daß auch in wirtschaftlichen Kämpfen unter allen Umständen jene Schranken zu respektieren sind, wie sie dem kath. und evangel. Christen sein Gewissen und die Sittenlehre seiner Kirche anweist. Unfähigkeit Mähen und Opfer, Hunger und Entbehrungen haben Tausende aus unserer Reihen auf sich genommen, um die christliche Gewerkschaft vor dem Druck einer unerträglichen Gewissensniedrigung durch die terroristische Sozialdemokratie zu befreien. Und unsere von edstem Idealismus getragene Arbeit war nicht vergebens. Die Erfolge unserer Tätigkeit liegen vor aller Augen da. Man kann es nicht leugnen, wir haben praktische Arbeit geleistet.

Und „Sib Berlin“? — Wir haben in den letzten Jahren davon Abstand genommen, die Herren immer wieder erneut auf den Grundfehler ihres Wirtschaftssystems aufmerksam zu machen. Wir hatten besseres zu tun. Wir haben es auch abgelehnt, den Leuten von „Sib Berlin“ auf allen den Schleichwegen zu folgen, die sie in den letzten Jahren und Monaten zur Verächtlichmachung unserer ehrlichen Arbeit einschlugen. Wer arbeitet braucht eben Frieden und Ruhe und meidet unfruchtbare Polemik. Aber nach dem jüngsten Vorstoß mußten wir die Quertreiber vom „Sib Berlin“ vor aller Öffentlichkeit als das entlarven, was sie in Wirklichkeit sind. Mit der ins Stalienische überfetzten Broschüre des Anonymus „Bayard“ und mit der letzten „Huldigungsadresse“ an den Papst ist alles bisher Dagewesene an Entstellung und Verleumdung über unsere christliche Gewerkschaftsbewegung in den Schatten gestellt.

Mit dieser Tat machten sich die „Berliner“, die sich ihren Gegnern gegenüber stets auf die geistliche Autorität berufen, vor aller Öffentlichkeit eines groben Verstoßes gegen jene Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz von 1910 schuldig, durch die ihnen strengstens jede weitere Verfeinerung der anderen Richtung im katholischen Arbeiterlager untersagt wurde. Voll und ganz unterstreichen die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften deshalb auch die Forderung, die der um die katholische Arbeitervereinsfrage hochverdiente Kölner Diözesanpräses Dr. Müller erhebt: „Es muß ein Ende kommen.“

„Und dieses Ende.“ so sagt Diözesanpräses Herr Dr. Müller mit Recht, „kann nicht bloß die Mahnung sein, es möchte die gegenwärtige Verfeinerung unterbleiben. Diese Mahnung ist den Berlinern wie auch den übrigen Arbeitervereinen durch die Bischofskonferenz von Fulda recht deutlich gegeben worden, aber jene habe sich nicht im mindesten daran gestört. Sie ließen eine Broschüre Bayard, die von Verächtlichmachungen und Verleumdungen geradezu strotzt, veröffentlichen, vertrieben sie mit allen Mitteln, ließen sie sogar ins Italienische übersetzen und überreichten sie als Grundlage für ihre Anlagen in Rom. Die katholischen Arbeitervereine des Kartellverbandes haben ihr Versprechen redlich, und treu gehalten. Sie haben im Vertrauen auf die Bischöfe in ihren Publikationen jede Polemik gegen „Sib Berlin“ und dessen fortwährende Herausforderungen auf das gewissenhafteste vermieden.“

Also mit Mahnungen ist es hier nicht mehr getan, es muß ein anderes Ende gefunden werden. Und dieses kann nur sein eine gründliche Abkühlung dieser Art frivoler Verächtlichmachungen, die den mühsam geschaffenen Organisationen ein freudiges Wirken vergiften.“

Ganz unsere Meinung. Auch wir christlichen Gewerkschaftler haben die Quertreibereien und Verfeinerungen durch die „Berliner“ endlich einmal satt. Es kann nicht so weiter gehen, daß „Sib Berlin“ die erdlichste Gloriole

alleintiger katholisch-kirchlicher Korrektheit noch fernerhin in einer Weise mißbrauchen darf, wodurch der Sozialdemokratie geradezu die Hasen in die Küche getrieben werden. Wir sagen mit letzterem nicht zuviel; das lehrt ein Blick in die sozialistische Tagespresse. Diese Presse weiß genau, weshalb sie jetzt die Konsequenz der „Berliner“ Theorien lobt. Das hindert sie gar nicht, der Arbeiterschaft im gleichen Atemzuge zu versichern, daß ohne die Preisgabe aller ihrer menschlich-irdischen Interessen nicht gegangen werden könne. Welche verheerende Wirkungen muß es haben, wenn der katholischen Arbeiterschaft so etwas als Standpunkt des Papstes hingestellt wird? Im Anschluß an die angebliche päpstliche Antwort an den Pfarrer Beher wird dann „bewiesen“, daß für den Papst kein Unterschied zwischen christlichen und modernen (hier sozialdemokratischen) Gewerkschaften bestehen könne; er unterscheide nur zwischen „Sib Berlin“ und „anderen Organisationen“. Und die Schlussfolgerung der sozialdemokratischen Agitatoren ist: Katholische Arbeiter! entweder — oder. Geht alle eure menschlich-irdischen Interessen preis, oder kommt zur Sozialdemokratie! Mit Recht fragt deshalb die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“: Ob sich die Macher von „Sib Berlin“ Gedanken darüber gemacht haben, welche furchtbare Gedankenwirrnis zum Schaden von Religion und Kirche sie durch ihre Treibereien Tür und Tor geöffnet haben?!

Das ist die „Arbeit“ der „Berliner“, so sehen ihre „Erfolge“ aus. Darum fort mit dem Wühlernest „Sib Berlin“, das, unfähig jeder positiven Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiete, nur Zank und Zwietracht in die Kreise derer trägt, die zu gemeinsamer Arbeit berufen sind. Der bisherige Zustand ist nachgerade unerträglich geworden; er muß ein Ende nehmen. Wir christlichen Gewerkschaften wollen in Ruhe unserer Arbeit nachgehen können.

Wie unser Verbandsvorstand, so veröffentlichen auch die Vorstände der anderen christlichen Bruderverbände im Anschluß an die Protesterklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes noch besondere Erklärungen gegen den Verleumdungsfeldzug der „Berliner“.

Der Verband christlicher Bauhandwerker

sagt in seiner Erklärung u. a.:

„Ist das Zusammenarbeiten in wirtschaftlichen Zweckverband mit Andersgläubigen in den christlichen Gewerkschaften eine „religiöse Gefahr“, und zwar trotz des Bestehens der mit ihnen in Verbindung stehenden konfessionellen Arbeitervereine, so trifft das zum mindesten ebensosehr zu bei den privaten wie öffentlich rechtlichen Organisationen aller anderen Stände und Berufe. Es besteht diese „Gefahr“ — ob christliche Gewerkschaften bestehen oder nicht — ebensosehr in dem ganzen engen Zusammenleben, zu dem in den Städten und Industriebezirken die Katholiken aller Stände in Wohnungsverhältnissen wie in Arbeit und Erholung gezwungen sind. Die christlichen Gewerkschaften sind auf dem Boden des gleichen staatlichen Rechts und der gleichen praktischen Lebensverhältnisse erwachsen, wie die privaten und staatlichen Organisationen aller Stände und Berufe im Deutschen Reich. Eine Beeinträchtigung oder Verurteilung der christlichen Gewerkschaften aus dem Grunde der „religiösen Gefahr“ interkonfessionellen Zusammenlebens wäre demnach für Deutschland von ganz unabsehbarer Tragweite.“

In Anbetracht dieser Verhältnisse und der Tatsache, daß der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands auf seiner bisherigen Grundlage 44 000 Mitglieder gewonnen, fast für alle Mitglieder die Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifvertraglich geregelt hat, in den Einigungsinstanzen des Baugewerbes Vertretungen stellt, während die katholischen Fachabteilungen im Baugewerbe noch keine 500 Mitglieder zählen und für die Verbesserung der Lage der Bauarbeiter soviel wie gar nichts getan haben, halten wir an der bisher bewährten Grundlage unseres Verbandes unerschütterlich fest.“

Der christliche Textilarbeiterverband

schließt sich in einer Erklärung seines Vorstandes und Ausschusses ebenfalls dem Protest des Gesamtverbandes an. Dann heißt es weiter:

„Außerdem sei mit Nachdruck hervorgehoben, daß über jede prinzipielle Aenderung des Charakters unseres Verbandes laut Statut allein die Generalversammlung zu entscheiden hat. Zu einer derartigen grundsätzlichen Aenderung liegt jedoch nicht der geringste Anlaß vor. Insbesondere sind wir fest entschlossen, an dem interkonfessionellen und nichtpartei politischen Charakter des Verbandes festzuhalten. Andererseits werden wir auch fernerhin bestrebt sein, alles zu vermeiden, was die religiös-sittliche Ueberzeugung unserer katholischen oder evangelischen Mitglieder verletzen könnte.“

„Das System von „Sib Berlin“ lehnen wir ein für alle mal ab“, erklärt der Vorstand des christlichen Holzarbeiterverbandes:

„So lange, wie man den Beamten, Handwerkern, Landwirten, Industriellen usw. nicht vorschreibt, ihre Organisationen nach dem System von „Sib Berlin“ einzurichten, und solange man diese Vorschriften nicht auch auf die Arbeiter aller anderen

Länder ausdehnt, können wir dieser Frage nicht ernstlich nahe treten. Eine Ausnahmespflicht für die deutschen Arbeiter erkennen wir nicht an. Gerade die deutsche Arbeiterschaft bedarf dringend einer starken christlich-nationalen Arbeiterbewegung, so wie wir sie in jahrelanger unermüdblicher Arbeit geschaffen haben.“

Verdienstlicher, wie die christlichen Organisationen fortgesetzt zu verleumben, wäre es für „Sib Berlin“, sich ernstlich um die Hunderttausende von christlichen Arbeitern zu kümmern, die teilweise gezwungen den religions- und staatsfeindlichen sozialdemokratischen Verbänden angehören. Rund tausend Uebertritte aus den sozialdemokratischen zu unserem Verbande in den letzten zwei Jahren beweisen, daß wir auch auf dem Gebiete praktische Arbeit leisten.“

Unsere Mitglieder in Stadt und Land, in Ost und West, in Nord und Süd fordern wir hiermit auf, sich durch nichts in ihrer Treue zu unserem Verbande irren machen zu lassen. Bleiben wir fest wie die deutsche Eiche. Eine auf der ganzen Linie einschneidende Werbearbeit für unsern Verband ist die beste Antwort, die wir den Gegnern der christlichen Gewerkschaften erteilen können.“

Der „Bergknappe“

das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, erhebt ebenfalls entschiedenen Protest gegen die Treibereien der „Berliner“. Am Schluß des Artikels: Warum ändern wir unsere grundsätzliche Stellung nicht? bemerkt der Bergknappe treffend:

„Es hiesse die Zentralregierung der katholischen Kirche beleidigen, wollte man annehmen, sie würde vom Arbeiterstande eine konfessionelle Organisation fordern und bei anderen in Glaubenssachen vielfach weniger aufgeklärten und geistigten Ständen eine interkonfessionelle Organisation zulassen. Das tun, was die Anhänger der kathol. Fachabteilungen wollen, heißt auch, die deutschen Arbeiter verraten und sie unfähig machen, ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Den Hauptmühen davon hätten vorübergehend die Arbeitgeber und dann die Sozialdemokratie.“

Wir werden deshalb wie bisher weiter arbeiten. Unsere Grundsätze werden nicht geändert. Nach wie vor werden im Gewerkschaftsverein Evangelische und Katholiken einig und treu zusammenarbeiten. Der Gewerkschaftsverein soll eine eifrige und erfolgreiche Arbeitervertretung bleiben. Die unserer Bewegung angehörenden Katholiken aber erwarten, daß den gegenwärtigen unberechtigten Verächtlichmachungen unserer Bewegung endlich mal ein Ende gemacht wird.“

Die christlichen Tabakarbeiter

stellen fest: „Wir könnten eine noch größere Zahl von Mitgliedern aufweisen, wenn nicht die „Berliner“ uns den Eingang in einigen von ihnen beeinflussten Gebieten erschwert hätten. Diese Hemmung ist ihr einziges Verdienst, während nach der positiven Seite hin zu stellen ist, daß von einer Fachabteilungsbewegung Berliner Richtung in unserem Berufe nichts bekannt ist.“

Und nun das Fazit des „Berliner“ Verleumdungsfeldzuges: Wir christlichen Gewerkschaften bleiben was wir sind! Unsere Mitglieder, ob evangelisch oder katholisch, wollen auch in Zukunft zusammenstehen in alter Treue und Waffenbrüderschaft. Mag auch die sozialdemokratische Presse mit fanatischem Jubelgeschrei den Zusammenbruch der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, das Ende ihres gefürchtetsten und erfolgreichsten Gegners prophezeien. Wir stehen aufrecht und lassen uns in unserer Arbeit nicht heirren. „Sib Berlin“ und die mit ihm jubelnden fanatischen Hasser des Christentums werden ihr Ziel nicht erreichen. Unsere Antwort auf die skandalöse Verleumdung und Verächtlichmachung unserer Bewegung ist die Parole: Vorwärts auf der bisherigen Bahn! Ausdauernde Aufklärungs- und Werbearbeit zur weiteren Stärkung unseres Verbandes und unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung auf der ganzen Linie.

Es geht bergab mit „Sib Berlin“.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine „Sib Berlin“ macht sich neuentens wieder einmal durch Verleumdung und Verfeinerung „ber andere“ bemerkbar. Da ist es gewiß für unsere Kollegen nicht uninteressant, einmal etwas über die Entwicklung dieses Verbandes, der sich überall als die für katholische Arbeiter allein zulässige Organisation anpreist, zu vernehmen. Also lassen wir die Tatsachen sprechen:

Die mit den christlichen Gewerkschaften sympathisierenden katholischen Arbeitervereinsverbände West-, Süd- und Ostdeutschlands und unsere christlichen Gewerkschaften selbst erfreuten sich in den letzten Jahren einer unausgesetzten Vorwärtswentwicklung; dahingegen ging es mit „Sib Berlin“ und seinen Fachabteilungen den Krebsgang und heute befindet sich diese Organisation mit samt ihren Einrichtungen in einer geradezu jämmerlichen Lage: Kollege Josef Becker, der Redakteur der „Baugewerkschaft“, schreibt darüber in Nr. 520 der „Katholischen Volksztg.“: „Die Einnahmen des Verbandes (Sib Berlin) und seiner Einrichtungen betrugen (ohne Kassenbestand vom Vorjahre und ohne die Einnahme und Ausgabe wiederkehrender durchlaufender Posten): 1909 900 796 M., 1910 867 012 M., 1911 774 140 M. Während die Verbände der katholischen Arbeitervereine West- und Süddeutschlands leistungsfähige Kranken- und Sterbefällen eingerichtet und diese der reichsgeheulichen

Kontrolle unterstellt sowie die erforderlichen Meserbefonds auf-
gezeichnet haben, sieht es mit dem Berliner Arbeitervereins-
verband also aus; er vereinbarte in seinen verschiedenen Ein-
richtungen:

Table with 4 columns: Year, Men's contributions, Women's contributions, Catholic branches. Data for years 1907-1911.

Die Ausgaben (diejenigen der Verbands-(Arbeitervereins-)
kasse sind hier ohne Belang) dagegen betragen:

Table with 4 columns: Year, Men's contributions, Women's contributions, Catholic branches. Data for years 1907-1911.

Diese Ziffern sprechen für den Verfall der Verbandskasse und
Organisationspraktiker eine geradezu erschütternde Sprache:
Sinkende Einnahmen, steigende Ausgaben. Galt diese Ent-
wicklung weiter an, ist eine Katastrophe für die Männer- und
Frauenverbände des Berliner Verbandes unvermeidlich. Für die
Fachabteilungen ist diese im letzten Jahre schon eingetreten.
1910 reduzierte man die Leistungen mit dem Ergebnis, daß
1911 ein Drittel der Gesamtmitglieder fluchtartig aus den
Katholischen Fachabteilungen anstraten.

Gegenüber diesem Schwanken und auf die Katastrophe hin-
deutenden Zahlenbilde besetzt man sich die Ziffern über die
Christlichen Gewerkschaften. Diese hatten Einnahme, Ausgabe
und Vermögen:

Table with 4 columns: Year, Income, Expenses, Assets. Data for years 1907-1911.

Aus diesen Ziffern geht mit aller Deutlichkeit hervor, auf
welcher Seite solide, schöpferische und aufbauende Arbeit geleistet
wird. Dem Berliner Organisationshelfer fehlt zunächst jede
innere Verbekraft, um dann haben sich seine Leiter organisa-
torisch als zu vollständig unfähig erwiesen, als daß man mit
gutem Gewissen der katholischen Arbeiterschaft den Beitritt zu
den Kasseneinrichtungen des Berliner Verbandes empfehlen
könnte. Und für ein solch durch und durch morsches und
faules Gebilde sucht man auf dem Wege der Durchführung
und Führung und über den Kopf der preussischen Bischöfe
hinweg das Oberhaupt der katholischen Christenheit zu engagieren.
Dieses Verhalten grenzt an einen weltgeschichtlichen Skandal.

Zur Generalversammlung.

Noch vor Vorentscheid erlaube ich mir kurz eine Frage
zu berühren, welche ich ernstlich der Generalversammlung em-
pfehlen möchte. Es hat mich sehr gewundert, daß die Ju-
gendfrage in der Diskussion zur Generalversammlung so
ganz außer acht gelassen wurde. Ich hätte gedacht, nachdem
vor zwei Jahren mit viel Mühe und Fleiß diese Angelegen-
heit behandelt und darauf die Jugendklasse erfolgreich gebildet
wurde, daß neuer Erfahrungen ausgetauscht, neue Fingerzeige
gegeben worden wären.

Es ist meine persönliche und auch wohl die Meinung der
meisten Kollegen, daß wir mit der Jugendabteilung ein ordent-
liches Stück vorangekommen sind. Der Kubiton ist über-
schritten, der Anfang ist gemacht. Einige Mißerfolge müs-
sen mit in Kauf genommen werden. Birta 4000 jugend-
liche Kollegen folgen unserem Banner, ein Erfolg zweifels-
losiger Agitationsarbeit. Es drängt sich nun unwillkürlich die
Frage auf: Wie steht es mit der Auszubildenden, mit der Schul-
ung unserer Jugend? Ich bin seit Bestehen der Jugendabtei-
lung in verschiedenen Großstädten Deutschlands gewesen und
habe stets der Jugend einen großen Teil meiner gewerkschaft-
lichen Arbeit gewidmet. Dabei habe ich verschiedene Studien
über die Jugendfrage gemacht. — Vor zwei Jahren ist viel
gesprochen worden von einer besonderen Jugendzeitung. Ich
möchte diesen Gedanken wieder aufleben lassen und sagen:

Notwendig ist, daß wir entweder eine eigene Jugendzeitung
gründen, oder aber, daß in unserem Verbandsorgan der Jugend-
bewegung weiterer Raum gewährt wird. Es ist wirklich unent-
behrlich, daß das Gros unserer jugendlichen Mitglieder die geistige
Kost verdauen können, welche unser Organ vorsetzt. Die schwie-
rigen wirtschaftspolitischen und gewerkschaftsprinzipiellen Auf-
sätze verursachen schon vielen älteren Kollegen Magenbeschwer-
den, wieviel mehr noch den jugendlichen. Ein jeder, der in
der Jugendbewegung tätig ist, wird diese meine Ausführun-
gen bekräftigen müssen. Also der Jugend leicht faßliche Auf-
sätze und vor allem mehr Sachen aus der Jugendbewegung
selber; das ist mein Vorschlag. Ich ersuche deshalb die Gene-
ralversammlung, diese Frage ernsthaft zu prüfen, damit ein
gebilligtes Resultat erzielbar wird. Zu erwägen wäre vor-
erst, da eine Jugendzeitung noch zu kostspielig ist, daß das Ver-
bandsorgan eine besondere Rubrik unter „Jugendbewegung“
führt. Dann erhielten zunächst die jugendlichen selber münd-
gerechtere Auffklärung und die älteren Kollegen, welche bei
der Jugend tätig sind, erhielten stets passendes Material, um
bestmöglichst und kenntnisreicher weiter arbeiten zu können.
(Dem letzteren Vorschlag steht nichts im Wege. Im Gegenteil:
Der Medaillon ist es sehr lieb, wenn die in der Jugendbewe-
gung tätigen Kollegen regelmäßig von ihren Erfahrungen, Er-
folgen etc. in Verbandsorganen berichten könnten. Auf diese
Weise wäre dann schon der Anfang zu der vielfach gewünschten
„Jugendbede“ im Verbandsorgan gemacht. Die Redaktion.)

Von den vielen weiteren Fragen, welche unsere Jugend
betreffen, ist die noch ungelöst: „Wie steht es mit besonderen
Jugendsekretären?“ Wenn es ja auch vor allen Dingen not-
wendig ist, daß Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis die
Hauptarbeit in der Jugendagitation leisten, so dürfte doch
eine leitende Spitze von sehr wohlthätigem Einflusse sein, schon
aus dem Grunde, daß allenthalben planmäßig und nicht
nur schablonenmäßig gearbeitet wird. Gewiß ist ein sehr
erheblicher Kostenpunkt mit der Anstellung eines freigestellten
Jugendsekretärs verbunden, aber die Kosten dürften doch reich-
liche Zinsen tragen. Ich denke mir die Sache so, daß zuerst
die beiden großen Bezirke in Rheinland-Westfalen je einen
Jugendsekretär erhalten, da hier bei der Konzentration der
Arbeitermassen ein ergiebiger Feld vorliegt. Nach und nach
könnte dann das Augenmerk aufs übrige Deutschland gerichtet
werden.

Diese wenigen Zeilen möchte ich der Generalversammlung
mit auf den Weg geben und die Delegierten ersuchen, mit
weitem Herzen und scharfem Blick an die Jugendfrage heran-
zutreten, eingedenk des Spruchs: „Wer die Jugend hat,
hat die Zukunft.“

In den einzelnen Zuschriften „zur Generalversammlung“
haben sich die Kollegen aus den einzelnen Bezirken für
und gegen Beitragssteigerung ausgesprochen. Auch aus dem
Nachener Bezirk hat ein Kollege F. S. geäußert, ohne weiteres
für eine generelle Beitragssteigerung einzutreten zu können.
Dem Kollegen muß aber entgegengehalten werden, daß er
die Verhältnisse im Nachener Bezirk nicht berücksichtigt hat.
Ueber die Notwendigkeit, den Stammsfonds zu erhöhen, werden
wohl in unserem Verbandsorgan Meinungsverschiedenheiten
bestehen. Wohl aber über die Art und Weise, wie er er-
höht werden soll. Wird der Beitrag erhöht, dann muß auch,
soll die Agitation nicht darunter leiden, vom ersten Tage
an Streikunterstützung und von der zweiten Woche an Kran-
kenunterstützung geleistet werden. Ferner ist es dann not-
wendig, daß die 40 Pfg.-Klasse auf 50 Pfg. erhöht wird
mit einer entsprechenden Krankenunterstützung. Heute stehen
die Leistungen in dieser gegenüber den Leistungen in den an-
deren Klassen in gar keinem Verhältnis. Vielleicht könnte
diese Klasse so ausgebaut werden, wie es in dem Antrag An-
berg und Sulzbach i. D. vorgeschlagen wird.

Die 40 Pfg.-Klasse auszubauen ist notwendig, um die
minder entlohnenden Metall- und ganz besonders auch chemischen
Arbeiter, deren es noch massenhaft gibt, nicht dauernd von
der gewerkschaftlichen Organisation auszuschließen. Im Nach-
ener Bezirk haben wir nicht allein in der Nadelindustrie, sondern
auch in der chemischen und Kleinenindustrie noch einen
großen Teil Arbeiter — nicht alle — welche noch unter mini-
malen Lohnverhältnissen zu arbeiten haben. Diese Arbeiter
werden wir, wenn wir ihre Verhältnisse nicht berücksichtigen, kaum
noch für die Gewerkschaft gewinnen können. Denn wenn
wir sie heute bei 70 Pfg., trotz aller Mühe und Anstrengung
der Vertrauensmänner in der Hausagitation nicht gewinnen
können, dann werden wir sie ganz bestimmt bei 80 Pfg.
Beitrag nicht gewinnen.

Dann noch eins: Wir haben in Aachen, ganz besonders
in der Nadelindustrie keine fluktierende, sondern eine feste

Arbeiterkraft. Die Arbeiter wechseln sehr selten ihre Stel-
lung. In den einzelnen Nadelabriken haben wir sehr viele
Arbeiter, welche schon jahrzehntlang in ein und demselben
Betrieb beschäftigt sind. Diese nehmen nun noch vielfach
ihre Söhne mit in den Betrieb, und um nun ihre Stellung
nicht zu gefährden, weist man die Organisation so weit wie
möglich von sich ab. Das ist auch einer der Gründe, warum
wir in der Nadelindustrie noch so schlecht mit der gewerkschaft-
lichen Organisation vorwärts kommen. Von den 4—5000
organisationsfähigen Nadeln sind heute erst annähernd 900
in unserem Verbandsorgan organisiert. Hier werden wir nur dann
Erfolge schlagen, wenn wir die jüngeren Nadeln für die Or-
ganisation gewonnen haben. Aber gerade die Löhne der jün-
geren Arbeiter in der Nadelindustrie sind heute noch sehr
niedrig. Diese Arbeiter werden wir nicht gewinnen, wenn
wir nun noch den Beitrag erhöhen. Entweder wir belassen den
Beitrag auf 70 Pfg. und nehmen eine minimale Reduzierung
der Krankenunterstützung vor oder wir erhöhen den Bei-
trag, müssen dann aber auch von der zweiten Woche an
Krankenunterstützung leisten. Ferner muß dann auch die 40
Pfgennig-Klasse erhöht und mit entsprechenden Leistungen, vor
allem auch Krankenunterstützung, ausgestattet werden, damit
man den Arbeitern, welche sich in dieser Klasse aufnehmen
lassen, auch etwas bieten kann.

Für uns Nadeln kommt z. B. die Reise- und Umzugsunter-
stützung schon gar nicht in Betracht. Mit einer generellen
Beitragssteigerung ohne entsprechende Mehrleistungen wird sich
das Organisationsverhältnis in den einzelnen Betrieben auf
alle Fälle noch verschlechtern und die Kollegen, welche sehen,
daß ihre Zahl noch immer kleiner wird statt größer, ver-
lieren zuguterletzt auch noch den Mut und lehren dem Ver-
bandsorgan den Rücken. Wir wollen hoffen, daß die General-
versammlung das Richtige treffen wird. Sie hat hier eine
Aufgabe zu lösen, welche für unsern Verband von einschneidender
Bedeutung sein wird. Es ist richtig, daß, wie das persönliche
vor der Gesamtheit zurücktreten muß, so auch die örtlichen
Verhältnisse vor der Gesamtlage. Aber bei der Behandlung
der Beitragsfrage für unsern Verband müssen sich doch die
Delegierten auch fragen: Wo und unter welchen Voraussetzun-
gen sind für unsern Verband Mitglieder zu holen? und hier-
nach ihre Entscheidung treffen.

Eine ganze Mustertafel von Anträgen liegt vor. Die
Generalversammlung wird im einzelnen zu prüfen und zu
entscheiden haben. Anträge wie der Essener zu § 5 und den
betreffs Militärunterstützung scheinen sowohl den Bedürfnissen,
wie auch dem Verbandsinteresse Rechnung zu tragen. Einige
andere aber bezüglich der 14tägigen Karenzzeit müssen be-
denklich stimmen und zwingen mich auch die Feder und noch
mehr den Redenstift in die Hand.

Zu erster Linie ist eine nähere Orientierung über unsere
finanzielle Jahresbilanz erforderlich. Ohne das notwendige
Material für die einzelnen Beitragsklassen ist das schwierig.
Ein allgemeiner Rückschluß aus der im Verbandsorgan er-
folgten Abrechnung dürfte demnach einige Anhaltspunkte geben.
Die Gesamteinnahme an Beiträgen im Jahre 1911 (ohne
Jugendklasse und Delegiertensteuer) für die Hauptklasse von
880 655,50 Mk. dividirt durch die durchschnittliche Mitglieder-
zahl 35 800 ergibt abgerundet 24,60 Mk. pro Mitglied.

Werden nun die Ausgabenposten durch die gleiche Zahl
dividirt, so ergeben sich pro Mitglied, einschließlich
der Nichtbezugsberechtigten, etwa folgende Ausgaben im letzten
Jahre:

Table listing expenses per member: Direct services to members (Umzugs- und Reise-Unterstützung, Arbeitslosen-Unterstützung, etc.) and general expenses (Anteil der Lokalkassen, Agitation, etc.). Total 24,60 Mk.

Die allgemeinen Unkosten entfallen zum größten Teil auf
den Anteil der Lokalkassen. Im Vergleich zu den Erfolgen

Ueber Legierungen.

Von Dr. Hugo Kuhl.

(Schluß.)

Wohr wir den nächsten, für die Praxis wichtigen Fall
der Erstarren einer stützigen Metallmischung betrachten, möchte
ich noch kurz den wichtigen Einfluß des Mangans auf die
mechanischen Beziehungen der Legierung Eisen berühren, und
war halte ich mich an die im Iron and Steel Institute ge-
haltenen Vorträge und Diskussionen. S. D. Arnold und
B. A. Knowles, Sheffield, stellten Legierungen mit verschie-
denem Mangangehalt her und fanden für dieselben folgende
mechanische Eigenschaften:

Table with 3 columns: Manganese content (pct), Property I, Property II. Data for Mn content 1.10, 3.13, 4.10, 5.50, 10.50, 12.90, 15.17, 19.85.

I wurde langsam abgekühlt, II rasch abgekühlt.
Sir Robert Hadfield untersuchte eine Reihe von hoch-
kohlenstoffhaltigen Manganeisenlegierungen und eine solche von
hochkohlenstoffhaltigen Legierungen. Alle wurden auf 1000 Grad
erwärmt und dann in Wasser abgekühlt. Die Brinellhärte
betrag etwa die Werte 143, 430, 418, 411, 302, 292.

235 bei den Legierungen mit dem Kohlenstoffgehalt unter 0,1
Prozent und einem Mangangehalt von etwa 1, 3, 4, 5,5, 10,5,
13, 15 und 20 Prozent.

Die Brinellhärte für 1prozentige Manganlegie-
rung ist demnach 143 — für reines Eisen beträgt dieselbe
90 — für gehärteten Stahl schwankt der Wert zwischen 700
und 800. Die Änderung in den Härtezahlen ist interessant.
Von 143 bei 1 Proz. Mangan steigt sie auf 430 bei 3 Proz.,
fällt dann wieder etwas und wurde bei 4 und 5 Proz. mit
418 gefunden, bei 10,5 Proz. mit 444, bei 12,9 Proz. mit
302, und dann ist bei steigendem Mangangehalt von Hadfield ein
jährr Abfall auf 235 beobachtet worden. Die vom Redner
vor mehreren Jahren an selbst hergestellten Legierungen ge-
fundenen Resultate finden eine Bestätigung, es zeigt sich im
allgemeinen der beträchtliche Einfluß von Mangan selbst bei
sehr geringem Kohlenstoffgehalt. Die hochkohlenstoffhaltigen Le-
gierungen (0,85 Proz. C.) geben bei gleicher Behandlung die
Werte 650, 600, 600, 286, 179, 196 und 192; diese Werte
näheren sich denen bei technischer Manganzahlen gefundenen.
Bemerkenswert ist, daß bei 10,5 Proz. Mangan die Härtezahl
nur 179 beträgt.

Wir sehen, daß sich aus der schmelzflüssigen Legierung
zwei Metalle bei einer bestimmten, durch das Schmelzver-
hältnis bedingten Temperatur das eine zuerst abscheidet. Diese
Abscheidung findet statt, bis der eutektische Punkt erreicht ist,
nämlich die Temperatur und Konzentration, bei der sich die
Legierung als solche abscheidet. Treten die Metalle unter sich
wie Kupfer und Zinn, oder mit einem Nichtmetall, ich er-
innere an die Bindung des Kohlenstoffs durch Eisen, in
chemische Bindung, so ändern sich naturgemäß die Verhält-
nisse mehr oder weniger.

Es kann nun eine dritte Möglichkeit eintreten, nämlich
die, daß sich die Bestandteile einer Legierung nicht für sich,
sondern als feste Lösungen oder Mischkristalle abscheiden. In
der Praxis kommt dieser kompliziertere Fall öfter vor, ich
würde hierfür schon Beispiele anführen können. Beim Er-
starren haben wir es dann mit zwei Lösungen, einer festen
und einer flüssigen zu tun. Ihre Zusammensetzung zeigt sich

nur anscheinend unwesentliche Verschiedenheiten, kann aber auch
große Differenzen aufweisen. Veranschaulichen wir uns den
Erstarrungsvorgang solcher Metallmischungen graphisch, vergleichen
die Darstellung 2 damit mit der früher gezeichneten, so fällt
uns auf, daß die Horizontale CD über Abb. 1 fehlt, d. h. die
Temperatur ist bei Beginn der Erstarrung der eutektischen Le-
gierung nicht konstant, sondern fällt langsam bis D. Nach
dem völligen Erstarren sinkt die Temperatur wieder mit der
schon früher beobachteten Schnelligkeit. Der Unterschied tritt
also während des Erstarrens der eutektischen Legierung her-
vor. Es ist besonders das Verdienst von Tamman und seiner
Mitarbeiter, das Studium der Erstarrungsvorgänge zur theo-
retischen Analyse entwickelt zu haben.

Wie bedeutungsvoll die Kenntnis der Eigenschaften einer
Legierung ist, möchte ich an einem klassischen Beispiel, der
Kunstbronze zeigen.

Für den Kunstguß verlangt man ein Metall, das folgende
Eigenschaften zeigt:

- 1. Große Flüssigkeit im geschmolzenen Zustand, damit es die Formen der mit möglichst dünner Metallstärke zu gießenden Gegenstände gleichmäßig ausfüllt.
2. Eine angenehme Farbe; daß diese erzielt werden kann, beweist schon die Geschichte der Bronzegießerei der alten Welt.
3. Eine Zusammenziehung auf eutektischer Basis.
Das sind Bedingungen, deren Erfüllung schon gediegene Kenntnisse voraussetzt.
Aus einer sehr schönen Zinnbronze ist das Denkmal des Großen Kurfürsten in Berlin gearbeitet. Schläfer 1703. Die Bronze ist von hervorragenden Metallurgen untersucht, ich nenne nur Vibra und Weber — die Analysen stimmen absolut nicht überein, ein Zeichen, daß die Metallmischung im Laufe des dritten Falles (siehe oben) ungleichmäßig erstarrte.
In hohem Grade beachtenswert ist es, daß die Legierungen ganz andere Eigenschaften aufweisen als die sie bildenden Me-
talle. Aus der Komposition lassen sich diese nicht immer berechnen, es läge daher nahe, eine chemische Bindung anzunehmen, wenn diese nicht als ein vereinzelt Vorkommen, z. B. Cu, Sn, Cu, Sn, Fe, C erwießen wäre.

Vollwirtschaftliche Rundschau.

Das Schreiben des Staatskommissärs an den Vorstand der Berliner Börse, in dem er zur Mäßigung in der Spekulation mahnte, die feinerzeitige Warnung an die Banken, mit der Verwahrung ihrer Kredite etwas vorsichtiger zu sein, haben eine starke Wirkung gehabt. Von der größten Ursache ist der Markt plötzlich zur Luftlosigkeit mit allgemeiner Zurückhaltung herabgesunken. Bereits hört man in Börsenkreisen von einem allgemeinen Rückgang der Konjunktur und — gleichgültig, ob berattene Besichtigungen in den Tatsachen begründet sind — auf jeden Fall wirken sie anstrebend und verberben die Stimmung. Daß die Börse, der Thermometer unseres Wirtschaftslebens, bereits recht niedrig geworden ist, zeigt die Entwicklung der Börsenkurse. Sie haben im Mai den niedrigsten Stand seit Dezember vorigen Jahres erreicht. Von dem Rückgang sind sowohl feste Anlagewerte wie Staatspapiere, Kommunalobligationen u. a. als auch Dividendenwerte erfaßt worden. Am 31. Mai war der Durchschnittskurs der Aktien in der Metall- und Maschinenindustrie 198,38; am letzten März hatte er 200,80 betragen und am 31. Mai des Vorjahres sogar 209,18! Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Der Grund dieser Erscheinung liegt einmal in den schon besprochenen Warnungssignalen, die ihre Ursache aber in der Ueberspannung des Wirtschaftslebens überhaupt haben. Diese zeigt sich vor allem auf dem Geldmarkt. Welch unergiebige Verhältnisse geradezu hier herrschen, wird am besten durch die Tatsache bewiesen, daß der Zinsfuß in Deutschland außerordentlich hoch ist, bedeutend höher als in den Nachbarländern. Schon einige Zeit machte man sich Hoffnung, daß die Reichsbank ihren Diskontsatz ermäßigen werde, doch wurde dieser Hoffnung erst in den letzten Tagen Erfüllung. Der Diskontsatz wurde von 5 auf 4½% ermäßigt. Großen Eindruck hat diese Erleichterung nicht gemacht, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß unser Wirtschaftsleben nicht unwesentlich dadurch entlastet wird. Wenn der Geldmarkt eine auch für unsere Industrie sehr fühlbare Knappheit aufweist, so ist das eine Erscheinung, die jede Hochkonjunktur leicht bringen kann. Während einer solchen haben besonders in unserer Industrie die Werke die Tendenz, sich auszudehnen, ihre Produktionsfähigkeit dem starken gegenwärtigen Bedarf anzupassen. Die Folge ist und war auch dieses Mal eine starke Finanzanspruchnahme des Geldmarktes durch Herausgabe neuer Aktien, Schuldverschreibungen u. d. Die Vergrößerung der Werke birgt übrigens zweierlei Gefahren in sich: Die vermehrte Produktionsfähigkeit wird im Falle des Rückganges der Konjunktur außerordentlich unglücklich wirken — sie vermehrt das so wie so schon zu große Angebot noch mehr und, um Absatz zu finden, wird sie die Preise drücken. Eine andere Gefahr der Ausdehnung liegt in der Verschleierung des Marktes selbst. Da die eigenen Werke bei Vergrößerungen sehr gute Abschmehrer der eigenen Industrie sind, kann leicht der Anschein erweckt werden, als ob der Markt überhaupt einen solchen Bedarf habe.

Eine ungesunde Kreditanspannung ist die weitere Folge aller dieser Unternehmungskäufe. Ihre Gefahren liegen hauptsächlich in dem Einfließen von Unternehmungen, die auf durchaus unsolider Basis aufgebaut, Kreditwürdigkeit vorzutäuschen wissen, bis die Masse fallen muß und der Ruin der einen Unternehmung nach einiger anderer mit in die Vernichtung ziehen muß.

Der gegenwärtige Zustand weist zwar keineswegs die Anzeichen einer Hochkonjunktur auf, trotzdem glaube ich aber, daß er als Entspannung unseres ganzen Wirtschaftslebens nur zu begrüßen ist. Die Stimmen mehren sich, die glauben, daß der gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwung den Kulminationspunkt überschritten habe. Mag dem sein wie ihm wolle: die Stimmung in Börsenkreisen wird sich über kurz oder lang auch der Industriekreise mitteilen und wird hier wie dort etwas gesunde Vorsicht wecken, so daß ein langsames Zurückgehen der Konjunktur unter Vermeidung krassenhafter Erscheinungen vor sich gehen kann.

Nur wenige Anzeichen sind es, die man evtl. für einen schon eingetretenen Konjunkturrückgang ins Feld führen könnte: einer der gewichtigsten Momente, die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes, haben wir an anderer Stelle schon gewürdigt; recht ernst müssen auch die Nachrichten aufgenommen werden, die von einer wenn auch kleinen Umwälzung der Stabeisenpreise melden. Die schwierige Lage des Geldmarktes endlich kann unter Umständen auch für unsere Industrie große Gefahren bringen. Scher Zinsfuß, oder überhaupt die Unmöglichkeit, Geld zu erhalten, haben schon manches gut fundierte Werk zu Fall gebracht.

Die Roheisenproduktion im Mai weist allerdings keine Abschwächung, sondern gegen den Vormonat wie auch gegen den Mai des Vorjahres eine erhebliche Steigerung auf. Die Erzeugung von 1.483.610 To. ist eine Rekordziffer; um 11½% ist sie größer als die Produktion im gleichen Monat des Vorjahres. Seit Anfang dieses Jahres beträgt sie über 7 Mill. To. und ist damit die höchste für diesen Zeitraum erreichte überhaupt. Der deutsche Roheisenmarkt ist nach wie vor in ausgesetzter Verfassung. Der Absatz ist gut, die Preise sind fest. Unter solchen Umständen kann man es wohl begreifen, wenn der Roheisenverband Lieferungsauträge nach dem Ausland abschickt, wenn dieses die Preise, die in Deutschland herrschen, allzu großartig unterbietet. Vom Siegerländer Eisenmarkt wird über allzu große Selbstkosten und in Verbindung damit über unzureichende Preise geklagt. Mag sein, daß dem in einigen Fällen so ist, im allgemeinen aber haben die Werke sicher keinen Grund über die Preise zu klagen.

Der Verband des Stahlwerksverbandes an Produkten A hat im Mai eine kleine Verminderung erfahren, was wohl aus den Feiertagen seine Erklärung findet. Ebenso ist der Verband an B-Produkten etwas zurückgegangen. Wie erinnerlich hat J. St. der Stahlwerksverband den Beschluß einer 50prozentigen Erhöhung der Produktion von B-Produkten für den Anstehen jedes einzelnen Werkes gefaßt. Praktisch bedeutet das nichts anderes als Verzicht auf die Kontingentierung überhaupt. Nunmehr ist von verschiedenen Seiten der Wunsch eingegangen, den Verkauf überhaupt frei zu geben. An dem praktischen Erfolg würde ein solcher Beschluß nichts ändern. Wir haben J. St. auf die Gefahren hingewiesen, die der Stahlwerksverband nunmehr als Rohstoffverband besonders für die reinen Werke bietet. Unsere Zweifel, ob der Verband in seiner neuen Gestalt durch scharfe Erhöhung der Rohstoffpreise nicht die Interessen dieser in entsprechender Weise wahrnehmen würde, scheinen berechtigt gewesen zu sein. Am 23. Mai hat eine Mitgliederversammlung beschlossen, die Preise für Halbzeug um 5 M. pro Tonne zu erhöhen und gleichzeitig die Ausführungsvergütung um 5 M. auf 10 M. zu fixieren.

Auf dem Stabeisenmarkt macht sich in letzter Zeit eine gewisse Geschäftskälte bemerkbar. Bei der gewaltigen

Anspannung gerade dieses Marktes kann das eigentlich nicht wunder nehmen — höchstens das, daß die Stille nicht schon früher eingetreten ist. Daß die Preise hier und da etwas nachlassen, haben wir bereits erwähnt. Im allgemeinen aber halten sie sich auf 120, 122 und steigen bei rascher Lieferung wohl auch auf 125 Markt.

Es scheinen seit dem Scheitern der Kartellierung der B-Produkte eifrige Kräfte am Werke zu sein, solche auf dem Wege der Spezialabmachungen zustande zu bringen. Neucrdings sollen sie sich auf die Erzeugnisse der Drahtverfeinerung beziehen; auch die Blechwalzwerke will man zusammenbringen. Ob gerade das letztere gelingt, darf bezweifelt werden, die Stimmung in diesen Kreisen ist der Subjektivierung nicht sehr günstig, was bei der außerordentlich günstigen Lage der Industrie nicht zu verwundern ist. Die Stabeisenindustrie hat, so viel bekannt ist, noch keine Neigung, sich zu kartellieren. Dagegen ist es gelungen, die rheinisch-westfälische Trägervereinigung wenigstens bis Ende dieses Jahres zu verlängern. Daß die Verlängerung nicht auf weitere Dauer erfolgte, liegt an den Schwierigkeiten, welche einzelne Werke bereiten und die bis Ende dieses Jahres durch Verhandlungen behoben sein sollen.

Aus der Kleinisenindustrie wird eine sehr lebhaft Beschäftigung gemeldet, wenn auch die Nachfrage in den letzten Tagen einige Zurückhaltung läßt. Wie in den B-Produkten so macht sich auch in dieser Industrie das Bestreben geltend, einen Zusammenschluß der verschiedenen Produktionsweige herbeizuführen, allerdings ohne besondern Erfolg. Die Riegelabriken konnten zu gemeinsamem Vorgehen nicht bewegt werden, während in der Schloß- und Rohrschellenindustrie hierfür mehr Neigung zu bestehen scheint. Ueber die Preise wird aus dieser Industrie vielfach geklagt — sie liefern nur geringen Nutzen zu!

Die Nachrichten vom ausländischen Eisenmarkt lauten fast durchweg günstig. In England hat die Roheisenproduktion nach dem schweren Schlag, der ihr durch den englischen Kohlenarbeiterstreik zugefügt worden ist, wieder normale Bahnen angenommen. Die Hochöfen sind alle wieder angeblasen, doch können sie die Nachfrage nur unvollkommen befriedigen. Der Aufschwung erstreckt sich auch auf die Fertigisen- und Stahlindustrie. Die Preise bewegen sich fortgesetzt in aufsteigender Linie. Sehr lebhaft ist die Nachfrage nach Stabeisen, und die Preise sind außerordentlich fest. Der amerikanische Markt, dessen Gestaltung auf den deutschen selten ganz ohne Einfluß gewesen ist, wird in letzter Zeit durch die bevorstehende Präsidentschaftswahl etwas beruhigt. Den günstigen Stand der Eisenindustrie hat sie jedoch nicht neunenwert zu beeinflussen vermocht. Die Roheisenproduktion nimmt stetig zu, die Nachfrage entwickelt sich in durchaus regelmäßigen Bahnen. Im Mai betrug die Produktion an Roheisen 2.012.000 To. gegen 2.405.000 To. im Vormonat. Die Preise sind fest.

Die Lage der Industrie ist nach dem Gesagten nicht etwa ungünstig. Trotzdem aber halte ich an der eingangs erwähnten Auffassung fest, daß die Konjunktur den Kulminationspunkt überschritten hat. Die Folgerungen für den Arbeiter ergeben sich von selbst. Für ihn hat übrigens die Hochkonjunktur noch nichts besonders gutes gebracht. Auf jeden Fall heißt es für ihn Organisation, denn sie allein kann seine Lebenshaltung günstig gestalten und gegen einen Umschwung der Konjunktur sichern.

Konferenz des Bezirkes Südbayern.

Am 16. Mai tagte in München unsere diesjährige Bezirkskonferenz, an welcher auch Verbandsvorsitzender Kollege W. Heber teilnahm. Vertreten waren 13 Ortsgruppen durch 15 Delegierte; 5 Zahlstellen hatten keine Delegierte entsandt.

Der Bezirksleiter Kollege Wagner konnte in seinem Bericht auf eine stete Entwicklung des Bezirkes sowohl an Mitgliederzahl wie auch in finanzieller Beziehung hinweisen. Gegen das Jahr 1910 hat sich die Mitgliederzahl um rund 40% gesteigert. Die Zunahme hätte eine bedeutend größere sein können, wenn die Kollegen an den einzelnen Orten ihre volle Pflicht getan und mit nötiger Ausdauer und Energie mitgearbeitet hätten. Die kleineren Ortsverbände müssen auch der Gewinnung der Jugendlichen größere Aufmerksamkeit widmen. Selbstverständlich dürfen hierin auch die Hauptgruppen nicht verlagern.

Sohnbewegungen hatten wir acht zu verzeichnen. Sechs konnten ohne ArbeitsEinstellung mit vollem Erfolg zu Ende gebracht werden, während zwei nach längeren Kämpfen mit einem Teilerfolg beendet wurden. Als Erfolg der Sohnbewegungen waren für 130 Kollegen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 230 Stunden und eine Lohnerhöhung von rund 320 Mark pro Woche zu verzeichnen. Daneben gelang es noch, den Kollegen geregelte Montageverhältnisse zu schaffen die sich nicht gut in Zahlen ausdrücken lassen. Ein besonderes Augenmerk wurde der Verbesserung der Verhältnisse in den handwerksmäßigen Berufen zugewandt. In mehreren Orten konnten wir Tarifverträge abschließen, während in anderen Städten die Kollegen gleichgültig der Organisation gegenüberstanden und so nicht vorwärts kamen. In München waren wir bei der Bewegung in den mittleren und kleinen Maschinenbetrieben gestungen, unsere eignen Wege zu gehen. Ein gemeinsames Vorgehen der beteiligten Organisationen wurde vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband rundweg abgewiesen. Das Ende war, daß nach 7 Wochen der Streik zu ungunsten der Arbeiter beendet werden mußte. In einer Fabrikversammlung vom 29. April gestand nun der Führer des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes, Schinger, ein, daß die Bewegung gewonnen worden wäre, wenn der christliche Metallarbeiterverband mitgetan hätte. Wenn diese Ueberzeugung den führenden Kreisen des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes doch stets vor den Bewegungen käme, der Arbeiterkampf ist mit der verspäteten Einsticht dieser Leute gar nicht gebient.

Die Versammlungstätigkeit war eine äußerst rege. Es wurden abgehalten: öffentliche Versammlungen 20 (18), Mitgliederversammlungen 262 (78), Werkstättensammlungen 46 (19), Sitzungen und Vorträge 113 (86), Veranstaltungen insgesamt 441 (201). Die Ziffern in Klammern geben die Teilnahme des Bezirksleiters an. Der Postverkehr gestaltete sich wie folgt: Einlauf 642 Karten und Briefe, 229 Drucksachen, Pakete usw. Auslauf 929 Karten und Briefe, 934 Drucksachen, Pakete usw. Die Kollegen müssen bei ihrer agitatorischen Betätigung mehr Gewicht auf die individuelle Bearbeitung der indifferenten Kollegen legen, und in der Hausagitation nicht erlahmen.

Der gestiegenen Mitgliederzahl entsprechend sind im Berichtsjahre auch die Einnahmen gestiegen. Jedoch muß unbedingt auf eine bessere Beitragsquote hingewirkt werden. Diese sollte statt 9,9 im Quartal mindestens 12 betragen. Hier muß seitens der Ortsverbände mehr Bedacht auf pünktliches und regelmäßiges Einkassieren gelegt werden. Eine unerfreuliche Zunahme finden wir bei den Unterstützungen. Mit

unserer Organisationsarbeit (Sohnbewegungen u. dergl.) sind diese allgemeinen Ausgaben gering. Der Aufwand für Unterstützungen ist jedoch pro Kopf tatsächlich höher als vorstehend berechnet, wenn die Ausgaben für statutarische Unterstützungen nur auf die bezugsberechtigten Mitglieder verteilt werden. Bei einer gesunden Finanzwirtschaft sollten doch die Karenzbeiträge als Reserve zurückgelegt werden. Tatsächlich werden damit teilweise die Ausgaben für die Unterstützungen der berechtigten gedeckt. Die Zahl der bezugsberechtigten Mitglieder wird sich aus dem Geschäftsbericht in etwa feststellen lassen, gegenwärtig ist mir nur eine annähernde Berechnung möglich. Für Erwerbslosen-, Reise- und Umzugsunterstützung ist ein Jahr Karenz erforderlich, weshalb hier zunächst die durchschnittliche Mitgliederzahl des Vorjahres 28.100 (ohne Jugendklasse abgerundet) in Betracht kommt. Infolge der Fluktuation müßte auch diese Zahl noch bedeutend (um etwa 4000) heruntergesetzt werden, da jedoch für die Streikunterstützung nur halbjährliche Karenz erforderlich ist, wird die Zahl 28.100 als Gesamtdurchschnitt der Bezugsberechtigten für das Jahr 1911 bei Wirklichkeit ziemlich nahe kommen.

Danach würden sich die Leistungen pro bezugsberechtigtes Mitglied erhöhen auf:

- 48 M. bei Reise- und Umzugs-Unterstützung.
- 83 „ „ Arbeitslosen-Unterstützung.
- 5,42 „ „ Kranken-Unterstützung,
- 10,17 „ „ Streik-Unterstützung,
- 20 „ „ Sterbe-Unterstützung.

Die übrigen Kosten verteilen sich wie oben auf die Gesamtmitgliedschaft. In Rücksicht auf die verschiedene Karenz ist die Streikunterstützung hier etwas zu hoch, die Erwerbslosenunterstützung zu niedrig angesetzt, was sich jedoch in der Endsumme der Gesamtleistungen ziemlich ausgleichen dürfte. Die Leistungen erhöhen sich danach pro Kopf auf 19 M., und die Gesamtausgabe pro Kopf auf 25,74 M., wodurch die Beitragseinnahme pro bezugsberechtigtes Mitglied um 1,14 M. im letzten Jahre überschritten ist. Die Karenzbeiträge der nichtbezugsberechtigten Mitglieder müßten also zur Deckung der Unterstützungsansprüche teilweise herangezogen werden. Hier muß unstrittig Vorsehung erfolgen, damit auch der Verband künftig in der Lage bleibt, gegenüber den Mitgliedern seine Verpflichtungen zu erfüllen. Nun noch einige Worte über diese künftigen Verpflichtungen.

Das Jahr 1911 hat wohl durch einige hartnäckige Kämpfe eine größere Summe Streit-Unterstützung erfordert, dagegen ist die Kranken-Unterstützung nicht im gleichen Verhältnis wie die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr gestiegen, und die Arbeitslosen-Unterstützung hatte 1909 bei weit kleinerer Mitgliederzahl die doppelte Höhe als 1911. Mit dem Umschlag der Konjunktur würde zwar voraussichtlich die Quote der Streitunterstützung sinken, dagegen die Erwerbslosen-Unterstützung ganz bedeutend answellen, in welchem Maße, kann niemand sagen, weil dies durch die Schärfe der nächsten Krise bestimmt ist. Auf jeden Fall wäre es unverantwortlich, von der Hand in den Mund zu leben.

Dazu kommt noch eine ernstere Frage. Einen größeren Kampf, wie z. B. die Bauarbeiter, hatten wir Metallarbeiter noch nicht zu bestehen, obwohl größere Ausherrungen wiederholt angekündigt waren. Es steht aber die Tatsache fest, daß wir im Organ wiederholt berichtet wurde, sowohl im Lager der Metallindustriellen, wie auch im sozialdemokratischen Verbandlager zu größeren Kämpfen gerüstet wird. In jahrelangen Ringen und oberschwärzigen Mitarbeiter haben Tausende von Kollegen unsern Verband zu dem gemacht, was er heute ist. Kein einsichtiger Kollege wird dies alles auf das Spiel legen wollen. Was wir erlangen, müssen wir künftig kraftvoll behaupten und weiter stärken, das gebieten unsere Verhältnisse.

Freilich wird die Generalversammlung auch gewissenhaft erwägen müssen, wie weit den wirtschaftlich schwächeren Kollegen, besonders mit sehr kinderreicher Familie, der Kampf erleichtert werden kann.

Mit einer allgemeinen Heruntersetzung der Karenzzeit bei Krankheit auf acht Tage wäre dem Verband ein sehr schlechter Dienst erwiesen. Wir kämen vom Regen in die Traufe. Nach kurzer Zeit ständen wir auf dem gleichen Fleck. Vor einigen Jahren konnten wir in der Agitation mit Erfolg auf unsere weit günstigeren Klassenverhältnisse als im sozialdemokratischen Verband hinweisen, aber auch nur deshalb, weil die höhere Mithlage zum Teil aus diesen acht Tagen möglich war. Ein sehr großer Teil des Mehraufwandes bei acht Tage Karenz würde auf das Konto der Klassenmarke entfallen, die dem Verband nach der Unterstüzung den Rücken kehren. Der Düsseldorf-Vertrag sieht zwar durch Kürzung der Sätze in den ersten Jahren ein Äquivalent vor, zuletzt wäre dies doch nur eine Verschiebung mit ähnlichem Agitationseffekt. Wenn noch etwas geschehen kann, wäre es besser, der verwitwenen Metallarbeiterfrauen zu gedenken, die sich oft in bitterster Not mit ihren Kindern durchs Leben schlagen, durch weitere Steigerung der Sterbe-Unterstützung auf die Höchstsumme von etwa 150 Mark.

Die 40 Pf.-Beitragsklasse wird jedenfalls nun auch etwas weiter ausgebaut werden können durch Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung. Der Antrag Amberg scheint mir da ein gangbarer Weg zu sein. Die Erleichterung mancher unorganisierten Großbetriebe resp. die Gewinnung dieser Arbeiter wo die Lohnverhältnisse an das vergangene Jahrhundert erinnern, wird mit dieser Beitragsstaffel eher möglich sein als mit der Normalklasse.

Es wäre zweifellos interessant zu berechnen, und agitatorisch wirksam, welche Beiträge notwendig wären an Hand der Kranken- und Sterbe-Statistik, wenn wir keine Fluktuation hätten, oder nur eine geringe, wie andere Versicherungen. Hinsichtlich der Agitation werde ich mich später an dieser Stelle zu Wort melden. Indessen wird die Generalversammlung gewiß überall die richtige Mitte finden und eine Basis schaffen, die den Einfluß und die Erfolge unseres Verbandes weiter steigert.

Delegiertenwahlen zur General-Versammlung. (Nachtrag)

Den in unserer Nr. 23 veröffentlichten Wahlergebnissen sind noch folgende nachzutragen:

- Fulda: W. Handwert.
- Schwäb.-Gmünd: Albert Baumhauer.
- Berlin: Jakob Winter.
- Chemnitz: Sarmashk.
- Reheim: Müller Kollege Franz Hegemann wurde nach Kollege Erich Kieseherer gewählt.

dem Kampffonds unseres Verbandes wird schon eine gewaltige Summe an Unterstützungen ausbezahlt, die uns veranlassen muß, streng nach dem Statut zu verfahren. Bei den Lokalunterstützungen sollten für uns nicht die Manieren der Gegner maßgebend sein, sondern es müssen die Kollegen darauf hingewiesen werden, daß wir eine Organisation zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse und kein Unterstützungsbereit sind.

Wie wir im letzten eine günstige Entwicklung der Ortsverwaltungen in einzelnen wahrnehmen können, so ist es auch im ganzen Bezirk. Überall wurde versucht, neue Stützpunkte zu schaffen und unsern Verband auszuweiten. Leider ließ der Erfolg manches zu wünschen übrig. Die Bezirkskasse hatte eine Einnahme von 5548,12 M. und eine Ausgabe von 5005,10 M. zu verzeichnen. Es bleibt also ein Bestand von 543,02 M. Dem allgemeinen Geschäftsbericht schloß sich eine rege Diskussion an, in welcher auch Kollege Wicher mehrere Male das Wort nahm und den Kollegen durch praktische Beispiele zeigte, wie die Sache unseres Verbandes auch in unserm Bezirk vorwärts gebracht werden könne.

Nebenan erstattete Kollege Wagner ein Referat über die wirtschaftlichen Kämpfe und unsere Pflichten. Gerade die letzten Jahre hätten der Metallarbeiterschaft gezeigt, daß die Kämpfe immer schärfer werden. In Anbetracht der gewaltigen finanziellen Organisationen der Arbeitgeber mußte auch die organisierte Arbeiterschaft rufen und auf die finanzielle Stärkung ihrer Organisation bedacht sein. In diesem Sinne bewegte sich auch ein Antrag, welcher dem Zentralvorstande überwiesen wurde. Ebenso noch zwei weitere Anträge.

Die Konferenz nahm einen guten Verlauf und hoffen wir, daß nun die Delegierten das Gehörte in die Tat umsetzen und mit Nachdruck an einer weiteren Stärkung unseres Verbandes in den einzelnen Orten beitragen werden. Christliche Arbeiter Solidarisieren! nun mit Mut und Energie an die Aufklärungs- und Werbearbeit! Dann ist die Zukunft unser.

Aus der Arbeiterbewegung.

Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften

Der Ostpreussische Verband der evangelischen Arbeiter- und Volkvereine hielt am Pfingstdienstag seinen Verbandstag in Königsberg ab. Der Verbandsvorsitzende Superintendent Graf-Dr. Holland stellte in seinem Jahresbericht den Satz auf: „Die Mitglieder müssen auch gewerkschaftlich organisiert werden, damit sie dem Werden der sozialdemokratischen Gewerkschaften standhalten können.“ Die evangelischen Arbeitervereine haben sich streng an die Parole des Gesamtverbandes gehalten und dementsprechend sich auch betätigt, an manchen Stellen nicht ohne Erfolg. Diese Parole lautete: „Der Feind ist die Sozialdemokratie.“ Zur gewerkschaftlichen Frage wurde schließlich folgender Antrag des Pfarrers Reichs angenommen:

„Die Verbandsversammlung erachtet es für durchaus notwendig, die christlichen Gewerkschaften in Ostpreußen mit allen Mitteln zu fördern. Sie beauftragt den Verbandsvorstand, mit dem Zentralauschuß der christlichen Gewerkschaften bezogen in Verbindung zu treten.“

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter

zählte am Schlusse des vergangenen Jahres 5663 Mitglieder. 546 mehr wie im Jahre vorher. Seine Jahreseinnahme für 1911 betrug 120 710 M., die Ausgabe 105 698 M. Das Verbandsvermögen ist von 55 812 M. auf 73 769 M. gestiegen. Zweck Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist der christliche Lederarbeiterverband rührig und mit Erfolg tätig gewesen. An 55 Bewegungen waren 2055 Verbandsmitglieder beteiligt. 11 davon mit 351 beteiligten Personen führten zum Streik, eine mit 37 Beteiligten zur Ausschüßung; 9 Kämpfe verliefen erfolgreich, 2 mit teilweisem Erfolg, während ein Streik erfolglos endete. Soweit sich die tatsächlichen materiellen Erfolge ziffernmäßig erfassen lassen, kann der Bericht folgendes mitteilen: Lohnerhöhungen wurden erzielt pro Woche für 797 Mitglieder von M. 1,00—1,50, 528 von M. 1,50—2,00, 322 von M. 2,00—2,50, 113 von M. 2,50—3,00 und 14 Mitglieder von M. 3,00, 4,00 und 5,00. Verkürzungen der Arbeitszeit erzielten 94 Mitglieder wöchentlich sechs Stunden, 32 fünf Stunden, 78 zwei Stunden und 486 eine Stunde. Das ergibt wöchentlich einen Mehrlohn von rund M. 2600, pro Jahr M. 135 000, und in der Arbeitszeit allwöchentlich ein Weniger von 1310 Stunden. Tarifverträge wurden vom christlichen Lederarbeiterverband im Berichtsjahr 18 neu abgeschlossen. Insgesamt ist der Verband an 43 Arbeitstarifen beteiligt.

Feurige Kohlen.

Die sozialdemokratische Presse wußte jüngst zu berichten, daß bei einer Ausschüßung christlich-organisierter Textilarbeiter in Rheinholt die Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes aus Solidaritätsgründen ebenfalls ihre Kündigung eingereicht hätten. Das wurde dann unter dem Stichwort „Feurige Kohlen“ in Parallele gestellt mit dem Verhalten des Gewerkschaftsmitglied Bergarbeiter bei dem Teilstreik im Ruhrkohlenrevier. Daß die sozialdemokratische Presse da ihren Lesern wieder einmal einen Trost für eine Nothgall aufgeschwatzt, ersehen unsere Kollegen aus der folgenden Darstellung, die wir dem Organ des christlichen Textilarbeiters entnehmen:

„Im Ruhrrevier handelte es sich um einen vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband einseitig, gegen den Willen der Leitung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter und wider alle vernünftigen gewerkschaftlichen Regeln beschlossenen Streik. In Rheinholt dagegen? Da wurde bei der Firma Herz u. Stern die Bewegung von unserem und dem deutschen Verbands gemeinsam eingeleitet, und gemeinsam reichten die bei der Firma beschäftigten Mitglieder beider Verbände die Kündigung ein. Von dem Ausschüßungsbeschluss blieben jedoch die Mitglieder des „deutschen“ Verbandes verschont. Wenn sie ihrerseits dann die Arbeit aufkündigten, so war das nichts anderes als ein Akt der Solidarität zur Unterstützung ihrer eigenen im Streik stehenden Genossen. Da liegt doch ein erheblicher Unterschied zwischen dem Verhalten der christlich organisierten Bergleute im Ruhrrevier und der sozialdemokratischen Verbände in Rheinholt. Uebrigens haben in einer Fabrik, nachdem den christlichen Arbeitern gekündigt war, die dem „deutschen“ Textilarbeiterverbande angeschlossenen Weber völlig versagt, nachdem sie vorher sich gedrückt hatten, sie würden freiwillig die Kündigung einreichen.“

Nun kommt noch folgendes hinzu: Nach Beendigung der Ausschüßung wollten mehrere Arbeitgeber eine Anzahl sozial-

demokratischer Verbandsmitglieder nicht wieder einstellen. Darauf erklärten die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes, sie würden die Arbeit nicht wieder aufnehmen, bis alle Arbeiter eingestellt würden. Infolgedessen nahmen die Unternehmer von ihrem Vorhaben Abstand. „Feurige Kohlen“ haben also die christlich organisierten Arbeiter für ihre sozialdemokratischen Arbeitskollegen gesammelt. Daraus geht wieder hervor, daß es die christlichen Gewerkschaften nicht an der erforderlichen Solidarität mangeln lassen, wenn es sich um eine gerechte und wirtschaftlich vernünftige Sache handelt.

Rundschau.

Eine internationale Arbeiterschuttkonferenz hat am 11. und 12. Juni in London getagt. Es war dieses eine Vorberatung der von der Internationalen Vereinigung für geschlechtlichen Arbeiterschutz eingesetzten Kommission zur Prüfung der Arbeitszeit in kontinuierlichen Betrieben. Die Konferenz war von 14 Staaten besetzt. Aus Deutschland waren im Auftrage der Regierung anwesend: Geh. Oberregierungsrat Lehmann (Berlin) und Gewerberat Matthiolini (Worm), ferner als Vertreter von Gewerkschaften unser Kollege Wicher, Schwarz, vom christlichen Keramarbeiterverband, Hartmann, vom Gewerbeverein der deutschen Maschinenbauer (Virsch-Dauner), als Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform Dr. Zimmermann, Chr. Tischendrüffer und Abg. Kollege Giesberts.

Die Konferenz einigte sich auf folgende Resolution:

1. Angesichts der Tatsachen, welche vor die Kommission gebracht worden, sind wir der Ansicht, daß die Achtstundenschicht in Industrien mit ununterbrochenem Betriebe (Tag- und Nachtarbeit) das beste Schichtsystem ist, und wir empfehlen es vom Standpunkt des körperlichen und sittlichen Wohlergehens der Arbeiter und im sozialen und volkswirtschaftlichen Interesse.
2. Die Kommission erachtet auf Grund der Berichte der einzelnen Landesabteilungen, daß die Achtstundenschicht für die Arbeiter an den Hochöfen und in den Hütten-, Stahl- und Walzwerken in erster Linie notwendig und durchführbar ist.
3. Die Kommission fordert die Internationale Vereinigung auf, an die Regierungen die Bitte zu richten, baldmöglichst eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen, mit der Aufgabe, eine Verständigung über die Angabe der Achtstundenschicht in der Eisen- und Stahlindustrie anzuknüpfen.

Der erste Teil der Resolution entspricht einem Antrag der englischen Sektion, der zweite und dritte Teil einem deutschen Antrag. Wegen der Resolution stimmten die Delegierten aus Desterreich, Ungarn und Italien — während sich die Vertreter der italienischen Regierung rüchloslos dafür aussprachen. In der Debatte machten die Vertreter der englischen Gewerkschaften der Stahl- und Hochofenarbeiter Mitteilungen über die Erfahrungen mit der Achtstundenschicht. Ueber die deutschen Verhältnisse berichtete Kollege Wicher. Die Auffassung ging allgemein dahin, daß die drei großen, Eisen produzierenden Länder Deutschland, England und Amerika sich sehr wohl über die Arbeitszeiten in der Großindustrie verständigen könnten, wenn der gute Wille dazu vorhanden sei. Nebenbei könnten die anderen Staaten nicht mehr zurückbleiben. Das Arbeitsamt in Basel wurde beauftragt, ein Register aufzustellen über die Betriebe, welche nach der Gewohnheit der einzelnen Länder als zur Großindustrie gehörig bezeichnet werden.

Diese Tagung war, wie schon angedeutet, nur eine Vorbesprechung. Die eigentliche internationale Arbeiterschuttkonferenz findet im Herbst in Zürich statt.

Aus der Metallindustrie. Die Hohenlohehütte in O./Schl. erzielte nach 3,55 Millionen Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 9,14 Millionen Mark. Die Dividende beträgt 11%. Die Aktiengesellschaft Dittmann-Neuhaus und Gabriel-Wergenthal in Rastatt erzielte nach 102 000 Abschreibungen einen Reingewinn von 313 000 Mark. Der Reingewinn der Maschinenfabrik Salbach in Düsseldorf beträgt nach 215 000 Abschreibungen 167 000 M., die Dividende beläuft sich auf 8%. Die Badische Gruppe des Vereins Deutscher Eisengießereien hat die Preise der Gußwaren vom 1. Juli 1912 ab um 1 M. für die 100 Kilo erhöht. Bei den „Stahl-Preisen“ tritt ebenfalls ein entsprechender Aufschlag ein. Durch Vermittlung des Verbandes Deutscher Fabrikanten von Eisen- und Metall-Waren, Werkzeugen, Haus- und Küchengeräten, Kunst- und Luxus-Waren haben die Firmen der Metall-, Blech- und Lackier-Waren-Herstellung einstimmig beschlossen, wegen der andauernden Steigerung der Herstellungskosten vom 10. Juni d. Js. ab einen Preisaufschlag von 10% für Haus- und Küchen-Geräte, Blech-, Lackier- und Metall-Waren, sowie vernickelte Tafel- und Küchengeräte eintreten zu lassen. Für verbleibende Waren und für niedelplattierte und Waren aus reinem Nickelmetall ist der Aufschlag auf 5% bemessen worden. An der Preiserhöhung sind sämtliche maßgebenden Firmen der genannten Zweige beteiligt.

„Man darf in der Sozialpolitik nicht müde werden,“ trotz Sozialdemokratie. In diesem Standpunkt, den die christlich-nationale Arbeiterschaft seit jeher vertrat, bekannte sich auch jüngst der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling. Bei Beratung des Etats des Ministeriums des Innern im bayerischen Reichsrat führte Herr v. Hertling aus:

„Die Sozialdemokratie ist keineswegs als bloße Arbeiterpartei zu betrachten. Die Sozialdemokratie ist ihrem Grund und Wesen nach eine revolutionäre Partei. Die verstandsmäßige nächtliche Formulierung der kommunistischen und sozialdemokratischen Ideen mit aufreizenden Schlagwörtern hat eine Werberkraft, die sie in früherer Zeit nicht gezeigt hat. Es wird gesagt, der moderne Industrialismus scheidet die Welt in zwei große Lager: Auf der einen Seite die heillosen Arbeiter, auf der andern Seite die Besitzenden, die Kapitalisten. Die Interessen der Arbeiter gehen auf hohe Löhne und kurze Arbeitszeit, die Interessen der Arbeitgeber — wenn auch nicht der Besonderen — auf möglichst lange Arbeitszeit und niedrige Löhne. Da ergibt sich ein Konflikt, der die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in zwei feindliche Lager scheidet. In dieser Anschauung wird die sozialdemokratische Jugend erzogen. Von klein auf wird ihr die Feindschaft gegen die „verrottete bürgerliche Gesellschaft“, gegen den Staat eingebläut. Was soll man dagegen tun? Die bürgerliche Gesellschaft hat alle jene Waffen ausgeliefert, mit denen die Sozialdemokratie gegen sie auftritt: die Versammlungs-freiheit, die Vereinsfreiheit und die Pressefreiheit. Sie geben der sozialdemokratischen Agitation den weitesten Spielraum. Ausnahmefälle können nicht in Betracht kommen; was soll also ein konservatives Ministerium der Sozialdemokratie gegenüber tun?“

Da sage ich: Man darf in der Sozialpolitik nicht müde werden; wir müssen den berechtigten Wünschen der Arbeiter möglichst entgegenkommen. Wir dürfen uns von der Fortsetzung der Sozialpolitik nicht dadurch abhalten

lassen, daß sie bisher den Erfolg nicht gehabt hat, den viele von ihr erhofften. Daß der gewünschte persönliche Einfluß auf die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft nicht zutage getreten ist, ist richtig. Die Belehrung und Aufklärung bei der Arbeiterjugend muß fortgesetzt werden; ihr muß klar gemacht werden, daß der heutige Staat eine wohlthätige Einrichtung ist, daß der Staat bestrebt ist, ihren berechtigten Wünschen nach Gerechtigkeit entgegen zu kommen, und daß das, was die Sozialdemokratie als Ziel der Zukunft bezeichnet, eine Utopie ist, die sich nicht verwirklichen läßt. Die Arbeiterschaft muß selbst zu der Ueberzeugung kommen, daß die von den Sozialdemokraten angeführten Ziele nicht zu realisieren sind. Wenn auch heute die sozialdemokratische Organisation über den weitaus größten Teil unserer Industriearbeiter verfügt, so sind doch sehr erfreuliche Ansätze anderer Organisationen vorhanden, die erkennen lassen, daß vielleicht doch aus besserer Einsicht der Arbeiterschaft selbst der Siegeslauf der Sozialdemokratie gehemmt wird.“

Wenn diese ernsten und durchaus richtigen Gedanken Gemeingut aller führenden Kreise in Staat und Gesellschaft würden, und diese Kreise sich bei allen Maßnahmen danach richten wollten, wäre für das Gemeinwohl schon überaus viel gewonnen. Unsere Kollegen aber werden durch unverbrossene Aufklärungs- und Werbearbeit ihr Möglichstes tun, die Irreführten von der abschüssigen Bahn des Radikalismus zurückzugewinnen für die positive praktische Arbeit, die allein einen dauernden Aufstieg des Arbeiterstandes verbürgt.

Teuerung und kein Ende. Unter diesem Stichwort bringt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Nr. 674/12), das Organ der Kohlenbarone, einen Leitartikel, in dem die Schuld an den hohen Wohnungsmieten einzig und allein auf die gestiegenen Löhne der Bauarbeiter zurückgeführt wird. Zum Beweise erbringt das Blatt einige Zahlen über die Frankfurter Bauarbeiterlöhne aus 1880 und 1911. Wenn auch zugegeben ist, daß die Löhne der Maurer zc. in diesem 30-jährigen Zeitraum erheblich gestiegen sind, so ist damit längst nicht bewiesen, daß die Mietsteigerung allein darauf zurückzuführen ist. Vielmehr spielten hierbei die Grundstückspreise eine weit größere Rolle. Der „Rheinisch-Westfälischen“ kann es bei ihren guten Beziehungen zur Hochfinanz keine Schwierigkeiten bereiten, sich darüber authentische Zahlen zu verschaffen; wenn das Blatt dazu alle 7 und 8% Zinsaufschlag, die in seinem Anzeigenteil offeriert werden, registriert und diese Dinge gegeneinander abwägt, wird es zu anderen Anschauungen kommen.

Den weiteren Ausführungen des Blattes, über den anomalen Stand der Lebensmittelpreise kann man nur zustimmen. Bezüglich der Dürre des vergangenen Jahres, dem jetzigen Saatenland und den Preisen für Milch, Gemüse zc. schreibt die „Rh.-Westf. Ztg.“: „Die Günst oder Ungunst der Natur, des Wetters, aber bleibt bei der Entstehung und Preisbildung der Lebensmittel, im Gegensatz zu den Kosten der Erzeugung manch anderer gewerblichen Produktion, ein ausschlaggebender Faktor. Und da das Wetter es heuer wieder gut mit uns meint, und den Fleiß des Adersers lohnt, so müssen wir jetzt von dem durch höhere Gewalt bitterten Preisniveau herunter und wieder zu normalen Sätzen kommen. Von dem Eintreten dieses natürlichen Vorganges aber merkt man, wie uns unsere Hausfrauen sagen, bisher noch wenig oder gar nichts, weil manche Produzenten- und Händlerkreise inzwischen hergestellt haben, welches denn die Ursache für die vorjährige große Erhöhung der Preise gewesen ist. Hier muß die öffentliche Meinung, müssen aber auch vor allem die kleinen und kleinsten Einkäufer, müssen unsere den Markt und die Läden besuchenden Hausfrauen dem Gedächtnis der Verkäufer freundlich etwas nachhelfen. Und den Gewerbegruppen, die es angeht, muß im eigenen Interesse die Warnung dienen: Die Wohlhaben nicht abzuweisende Pflicht, die Entwicklung der Lebensmittelpreise zu kontrollieren. Der Eingriff der Kommunen in den freien Markt der Lebensmittel wird nicht Episode bleiben, sondern künftige Einrichtung werden, wenn die Warenpreise auf einem unnatürlich hohen Stand beharren.“

Diesen Ausführungen der Rh.-Westf. Ztg. können wir, wie gesagt, ausnahmsweise vollinhaltlich zustimmen; sie sind die beste Begründung für die Notwendigkeit der Konsumgenossenschaften.

Zum Gewerkschaftsstreit sah eine Konferenz von 25 evangelischen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, die in Hagen stattfand, folgende Entschlüsse:

„Die Konferenz bedauert lebhaft, daß durch den jüngsten Vorstoß der katholischen Fachabteilung und die daran anschließenden Vorgänge neue Beunruhigung in die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung getragen worden ist. Durch solche Störungen des konfessionellen Friedens wird nur die Sozialdemokratie gefördert und die gesunde nationale und soziale Entwicklung des deutschen Volkes gehindert.“

Die Konferenz nimmt mit großer Befriedigung Kenntnis von den Erklärungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und der diesem angeschlossenen Unterverbände, durch welche öffentlich die Interkonfessionalität, politische Neutralität und Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften festgelegt wird.

Unsere evangelischen Kollegen, die in den christlichen Gewerkschaften ein völlig gleichberechtigter Teil sind, fordern wir auf, mit Nachdruck für die Stärkung derselben als der geeignetsten Organisationsform zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung einzutreten, während wir ihnen zur Pflege der füllig religiösen Gesinnung die Mitarbeit in den evangelischen Arbeiter- und Jungmännervereinen empfehlen.“

Eine naturgetreue Zeichnung der „Kerberrieher“ von „Sig. Berlin“ finden wir in der „Westfälischen Arbeiterzeitung“. Darin heißt es unter anderem:

„Ein dunkles Geschäft, das der Kerberrieher betreibt den Mann einmal in Versammlungen oder Konferenzen, zu denen er geladen oder ungeladen erscheint, betrachtet ihn bei der Lektüre von Zeitungsreferaten, Redeprotokollen oder Zeitschriften oder Broschüren. Da sieht er vor seinem Notizbuch, schielt auf den Redner oder auf die Buchstaben, die ihm den Kerber offenbaren sollen, und sobald einmal das Wort „paritätisch“ oder „interkonfessionell“ oder ein anderes Wort fällt, das man drehen und drehen kann, beugt er sich über sein Papier und kratzt drauflos, wie weiland der Geiger in der Wolfsgrotte. Und was er schwarz auf weiß beifügt, das wird verurteilt mit gruseligem Gehagen.“

Gefährlicher wie der Ueberreifer der Einfichtlosen und Verfliegenden ist die Kerberrieher einer andern Art, die sich vor allzu menschlichen Leidenschaften zu dem dunklen Treiben hinstimmen läßt. Wir denken an jene Kerberrieher, die sich

Nacht und die Fähigkeit anmaßen, päpstliche und bischöfliche Axtensprüche allein richtig lesen und deuten zu können, sich anmaßen, Worte und Sätze willkürlich zu deuten, ihren natürlichen Sinn zu verbiegen, wenn es nicht anders geht, die skrupellos und wissenschaftlich an hundertfach widerlegten Mißverständnissen stehen, um sie gelegentlich verleumdend zu ihren Günstigen oerwerteten zu können. „Gehorsame Diener“, die eine Verleumdung machen, um die Hände der Autorität zu binden; „gehorsame Diener“, die kaltblütig den Boden der Autorität untergraben, wenn sie ihnen nicht zu Willen ist; „gehorsame Diener der Kirche“, die ohne Wimperzucken Bank und Streit in die Pfarreien hineinbringen. „Gehorsame Diener“, die dem Heiligen Vater in Rom an Unwahrheiten und falschen Darstellungen überladene Suldigungsadressen überreichen, um Glückwünsche für sich und Verurteilung ihrer Gegner zu erwirken, die zum Heil. Vater nach Rom schleichen und ihn anflehen: Gib uns Deinen Segen zum Kampf wider unsere Feinde, (auf daß wir um so beherzter den Kreuzzug führen können gegen jene Bischöfe selbst, die sich nicht für unsere Sache einsetzen wollen!) Werkwürdige „Diener“ der Kirche das! Und merkwürdige Katholiken, die, wenn sie ihre Brüder also erfolgreich verleumdet haben, sich hinstellen und sagen: Es sei ferne von uns, „den heiligen Ernst der Stunde durch polemische Auseinandersetzungen zu entweichen“ —

Zur neuesten Selbentat der „Berliner“ erhält die „Mugsburger Postzeitung“ eine Zuschrift, in der wir unter anderem lesen:

„Nun noch eine Frage an Herrn Pfarrer Beher (den Ueberbringer der verleumdenden „Suldigungsadresse“). N.) Er verlagte in Rom 300 000 katholische Arbeiter mit ihren Brüdern, weil sie im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kampf mit den gläubigen Protestanten zusammengehen. Ist er sich bei dieser Anklage bewußt geworden, wie sehr er dabei seinen eigenen Ehrgeiz ins Unrecht setzt und verlagte. Denn Kardinal Ropp hat allzeit dieses Zusammenarbeiten gewünscht und praktisch betätigt, so auch als Mitglied der konservativen Fraktion des Herrenhauses, die sicherlich zu zwei Dritteln aus Protestanten sich zusammensetzt und der Herr Kardinal noch vor nicht sehr langer Zeit seine Zugehörigkeit durch ein größeres Geldgeschenk bezeugt hat. Und Graf Dypersdorf, der Vorsitzende eines christlichen Bauernvereins für katholische und evangelische Bauern, ist noch immer Mitglied dieser interprofessionellen Fraktion des Herrenhauses und hat bis zum heutigen Tag noch nicht die katholische Fraktion des preussischen Herrenhauses gegründet. Wir süddeutschen Katholiken haben die Berlinererei satt. Wir werden niemals Berliner werden, aber trotzdem die gleichen Katholiken bleiben wie die Katholiken im Osten und Westen, die auch nicht nach Berlin zu den Berlinern gehen wollen.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Düsseldorf-Gerresheim. Der Streik bei der Firma Dreher und Sohn, Drahtstiftfabrik, ist mit einem Teilerfolg für die Arbeiterschaft beendet. Wenn es auch nicht gelang, die 57-stündige Arbeitszeit zu erreichen, so wurde doch die Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden pro Woche gekürzt, so daß nur noch 59 1/2 Stunden gearbeitet wird. Gleichfalls wurde die wöchentliche Wohnung erreicht mit der Einschränkung, daß alle vier Wochen eine Morbadbrechung erfolgt. Die Forderungen des Fortfall von Abzügen für das Drahtfahren. Der Streik hat vom 15. April bis zum 15. Juni gedauert und wurde seitens der Arbeiterschaft in aller Ruhe und Besonnenheit geführt. Es war nur ein unorganisiertes Streikbrecher zu verzeichnen.

Hagen-Wengern. Die organisierte Arbeiterschaft des Stahlwerks Marl stellt seit dem 15. d. M. im Kampfe, weil die Werkleitung durch systematische Maßregelungen die ihr unbenehmen Arbeiter zu entfernen suchte. Vor kurzem wurde das Arbeiterauschuss-Mitglied Formier G. vom Meister aufgefordert, zum nächsten Termin seine Kündigung einzureichen, andernfalls er vom Werk gekündigt würde. Eine Versammlung der organisierten Arbeiterschaft beschloß gegen das Vorgehen der Firma Front zu machen und beauftragte eine Kommission mit der Direktion über die Zurücknahme der Kündigung zu verhandeln. In einer durchaus nicht zu billigen Art wurde die Absicht der Arbeiter durchkreuzt. Ohne die Verhandlungen mit der Kommission zu Ende zu führen, heranzog die Direktion die sofortige Entlassung des gekündigten Arbeiters. Die Folge war, daß die übrigen Formier beschlossen, zum 15. Juni die Kündigung einzureichen, bezw. in den Streik zu treten. Als Forderungen wurden aufgestellt: 1. Die Maßregelungen werden zurückgenommen. 2. Die im Vorjahre abgeschlossenen Vereinbarungen werden aufrecht erhalten.

Ehe die Formier ihre Absicht durchführen konnten, erfolgte seitens der Direktion die Kündigung der Gesamtarbeiterschaft der Marl. Nachträglich scheint der Werkleitung die letztere Maßnahme wieder leid geworden zu sein, weshalb sie denn auch wohl folgenden Anschlag veröffentlichte:

„Da am 15. d. M. die kontraktliche Kündigung abgelaufen ist, so ersuchen wir, daß die Arbeiter, welche hier bleiben wollen, sich bei ihrem Meister zu melden haben. Die Annahme behält sich die Direktion vor.“

Die Arbeiter haben es abgelehnt, diesem Ersuchen nachzukommen und sind am 15. Juni in den Streik getreten. Die „Marl“ wird sich Mühe geben, von auswärtigen Arbeitskräfte herbeizuholen. Hoffentlich finden sich keine Arbeiter, die unter diesen Umständen Hauszettelchen machen wollen. Die Arbeiterschaft ist jederzeit bereit, Frieden zu schließen, der durch die Schuld der Werkleitung gestört wurde. Zugang von Formieren, Kernmachern, Schlossern u. dergl. muß fern gehalten werden.

Zum Streik bei der Firma Krämer & Freund in Hagen

Die Arbeiter der Federnfabrik Krämer & Freund stehen seit dem 12. April, also fast 10 Wochen im Ausstand. Die Ursache ist in der ablehnenden Haltung der Firma gegenüber den von den Arbeitern eingereichten Forderungen begründet. Die Arbeiter hatten unter anderem folgende Forderungen aufgestellt: 1. Einführung einer kürzeren Lohnzahlungsperiode, 2. Einführung des Samstag-Frühstückes, 3. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, 4. Schaffung eines Arbeiterauschusses, 5. Erhöhung der Morb- und Tagelöhne.

Es sei bemerkt, daß im Laufe der letzten Monate eine ganze Anzahl Firmen im Kreise Hagen-Schwelm kürzere Lohnzahlungsperioden eingeführt haben. Die Firma Krämer & Freund gehörte nun zu den wenigen Firmen im Gebiet, welche nur einmal monatlich auslöshen. Der Samstag-Frühstück wird zur Zeit nicht nur von den Arbeitern gefordert, sondern auch das kaufmännische Personal (Beamten zc.) hat sich wiederholt durch den Beamtenauschuss in Hagen an die sämtlichen Firmen gewandt, um den Kontoranschluß an Samstag-

Nachmittagen zu erreichen. Wie kürzlich berichtet wurde, haben verschwindend wenige Firmen einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Die meisten erkennen die Berechtigung dieser Forderung an. Ebenso ist auch die Forderung nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit sehr wohl am Platze. Gehörte doch die Firma Krämer & Freund zu denjenigen, wo bis zu Beginn des Streiks noch pro Tag 10 1/4 Stunden gearbeitet wurde. Arbeiterauschüsse gibt es heute bei einer ganzen Anzahl Werke, die auch segensreich wirken. Die Hauptforderung, Erhöhung der Löhne, liegt gleichfalls im Bereich des Möglichen. Die in Hagen vertretene Konkurrenz zahlt teilweise höhere Löhne wie die Arbeiter von R. u. F. fordern. Leider ist es bisher nicht möglich gewesen, den Frieden herbei zu führen. Die streikenden Kollegen versucht man zu erlösen mit ausländischen, die nun im Schweiße ihres Angesichts bemüht sind, die einheimischen, kämpfenden Arbeiter zu ersetzen. Ein alter Holzschuppen bietet den Elementen Freiliegis. Ein kürzlich unternommener Versuch, durch die Vermittlung des Gewerbegerichts den Kampf zu beenden, mußte aufgegeben werden, weil die Firma eine Vermittlung einfach ablehnte.

Trotzdem machten die Arbeiter vor einigen Tagen einen neuen Versuch um eine Einigung zu erzielen. Einer Kommission streikender Arbeiter gegenüber erklärte sich Herr Krämer zu einigen Zugeständnissen bereit. Die Arbeiter glaubten denn, daß es auf Grund der gemachten Zugeständnisse möglich sei, eotl. den Streik zu beenden. Die Kommission sollte nur noch einige Wünsche mit der Firma nochmals besprechen, sowie die Bedingungen bezgl. der Wiederaufnahme der Arbeit, Einstellung der Arbeiter zc. erledigen. Unglaublicher Weise wurde nun aber die Kommission gar nicht einmal zugelassen. Ein Beamter der Firma mußte der Kommission erklären „berhandelt wird nicht mehr“. Eine derartig bräcke Zurückweisung sollte man kaum für möglich halten. Glaubt denn die Firma Krämer & Freund auf die Art die streikenden Arbeiter nützlich zu machen? Wir sind gerade gegenteiliger Ansicht. Zu befürchten ist nur, daß die hiesige Industrie wieder der Teil ist, der unter einer solchen unverständlichen Haltung einer Firma zu leiden hat. Demu es nimmt gar kein Wunder, wenn angesichts derartiger Vorkommnisse die Arbeiter den Forderungen jener Leute folgen, die eifrig bemüht sind, die hiesige, qualifizierte Arbeiterschaft nach auswärts zu bekommen. Wie schrieb noch der letzte Bericht der Handelskammer, als er die Wirkungen der Ausperrung 1910 erörterte:

„Eine Menge Beziehungen sind hiesigen Werken verloren gegangen und auswärtigen Firmen zugefallen, die nicht wieder zu gewinnen sind. Manche tüchtige Arbeiter sind abgewandert.“

Wir könnten eine ganze Reihe Fälle anführen, wo Agenten von auswärts — noch in jüngster Zeit — sich bemühten, Arbeiter von hier fort zu locken. Folgen andere Firmen dem Beispiele von Krämer & Freund, so kann es den Arbeitern nicht verbittet werden, wenn sie eben nach auswärts gehen. Jedenfalls wäre es angebracht, wenn die Firma Krämer und Freund endlich die Hand zum ehrlichen Frieden reichen würde. Tut sie das nicht, muß sie auch für die weiteren Folgen verantwortlich gemacht werden. Die für ihr Recht kämpfenden Kollegen werden auch weiter einig zusammen stehen, unterstützt durch die Sympathie der organisierten Arbeiterschaft.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Gewelsberg. Bei der Firma Wlh. Schmidt, Schloßfabrik und Leinwandfabrik stehen die Arbeiter im Streik.

Frier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Kleinver- und Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hofenstraße 12 zu melden.

Hagen. Die Arbeiter der Firma Kraemer u. Freund (Federrichter, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen in Streik.

Nachen. Die hiesigen Formier und Gießerarbeiter stehen im Streik.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebssperre verhängt.

Hannover. In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Zureisende Kollegen haben sich deshalb vor Annahme von Arbeit im Büro, Kanonnenwall 16, zu melden.

Werdohl. Ueber die Firma J. W. Dunter ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer stehen im Streik.

Düsseldorf-Rath. Bei der Firma Poensgen sind Differenzen ausgebrochen. Ueber das Werk ist die Sperre verhängt.

Beckum. Wegen Differenzen in der Cementindustrie ist der Zugang von Schlossern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Werdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Sicking ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Nerdingen-Kalbenhausen. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Köhr ist die Sperre verhängt. Zugang von Drehern, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

Schweizer. Bei der Firma F. A. Neumann, Fabrik für Kessel- und Gasometerbau und Eisenkonstruktion sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Wengern-Muhr. Auf dem Stahlwerk Marl stehen die Arbeiter im Streik.

Burgsteinfurt. Ueber die Formerei der Firma W. Drees ist die Betriebssperre verhängt. Zugang fernhalten.

M.-Gladbach. Bei den Firmen Haubold & Co. und Gebr. Rembold, Eisengießerei, sind Differenzen ausgebrochen. Die Betriebe dieser Firmen in Süchteln und M.-Gladbach sind gesperrt.

Nachen. Bei der Firma Paulus, Hausschlosserei und Eisenkonstruktionswerkstätte, stehen die Arbeiter im Streik.

Grüne bei Jierlohn. Bei den Firmen H. Schlieper, Karl Schlieper und J. D. Halver stehen die Ketten- und Schmiede in Kündigung.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. Juni der sechszwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. Juni fällig.

Auf Antrag der Ortsgruppe Nerdingen wird das bisherige Mitglied Paul Lewandowski, Buchnummer 162 271, wegen Streikbruch aus dem Verbandsausgeschlossen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Düsseldorf. Eine gut besuchte, von unserem Verbands einberufene Metallarbeiterversammlung tagte am 2. Juni im Paulushaus. Zur Tagesordnung stand das Thema: Die gelben Werkvereine als Entrechtung der deutschen Metallarbeiter. Kollege Leupke legte einleitend den Stand der hiesigen Werkvereinsgründung dar. Trotz vieler Mühe und Geldmittel konnten nur fünf Vereine gegründet werden. Nun will diese Bewegung ihre irreführenden Bestrebungen durch Anstellung eines Sekretärs und Eröffnung einer Geschäftsstelle fördern. Das Unternehmertum läßt sich mithin die Rechtlosmachung der Metallarbeiter etwas kosten. Auch öffentlich bekunden die Gelben im Werkverein (Nr. 21), daß es „sehr schwierig sei, im Bezirk Düsseldorf weiter zu kommen, da die Gegner eine sehr eifrige Tätigkeit entfalten“. Die Abwehr gegen die gelbe Korruption weiter zu fördern, Aufklärung über Zweck und Ziele der Gelben zu verbreiten, soll die Aufgabe dieser Versammlung sein.

Bezirksleiter Kollege Hirtfelder, zeichnete dann in 1 1/2-stündigem Vortrage ein zutreffendes Bild der Gelben; ihre Entstehung, ihre wahren Zwecke und Aufgaben. Die als Deckadresse dieser Bestrebungen dienenden Arbeiter sind größtenteils Sozialdemokraten, deren Entwicklungsgang ein herartiger war, daß sie um des „Lohnes“ willen den Arbeiter verkaufen. So belang der Essener Leiter M. in den „freien“ Gesangsvereinen kräftig die sozialdemokratische Auffassung von der Freiheit des Arbeiters; dann im patriotischen Chöre bei Gelegenheit des Kaiserbesuches „Seid Hohenzollernsohn“, um darauf als Mitglied des roten Metallarbeiterverbandes in den Vorstand der Kruppischen Krankenkassen gewählt, sich vom radikalen Sozialdemokraten zum lammskommen gelben Werkvereiner zu entwickeln. Ein anderer Arbeiter, dessen handschriftliche Briefe fast keinen richtigen deutschen Satz aufweisen, „verfaßt“ und unterzeichnet die Prekerzeugnisse der Gelben, während der eigentliche Spiritus rektor ein höherer Kruppischer Beamter namens Halbacht ist. Auch der hier anzustellende „Sekretär“ gehört seiner ganzen früheren Veranlagung nach zu denen, die das Schießpulver nicht erfinden haben. Der Mann ist in Essen genügend bekannt. Daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht im Unternehmer einen „Blutsauger und Ausbeuter“ erblickt, wie das seitens der Gewerkschaftssozialisten geschieht, dürfte hinlänglich bekannt sein. Daher unser beständiger Kampf gegen die unsinnigen radikalen Anwandlungen der sozialistischen Bewegung. Trotzdem wollen wir unsere Interessen selbst vertreten, weil es unter der Aera des „freien Arbeitsvertrages“ notwendig ist. Die christliche Gewerkschaftsbewegung führt nicht zu der unglücklichen Theorie des unverföhnlichen Gegensatzes, sondern sie schafft unter beiderseitiger Anerkennung und Gleichberechtigung ein gutes Verhältnis zwischen den beiden notwendigen Faktoren des wirtschaftlichen Lebens. Für die Industrie ist ein selbstbewußter, hochstehender Arbeiterstand eine dringende Notwendigkeit, da mit Pottentotten und Kulis die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung unserer Metallindustrie nicht erreicht werden wäre. Der gelben Parasitenbewegung sind die christlichen Gewerkschaften zu radikal, es sind immerhin „Streikgewerkschaften“. Den Gewerkschaftssozialisten sind wir nicht radikal genug, wir sollen „schwarzgelb“ sein. Das ist der beste Beweis, wenn's noch eines solchen bedürfte, daß sich die christlichen Gewerkschaften auf der goldenen Mittelstraße befinden, die allein zum Vorteil der Metallarbeiter sein kann. Daher verdient unser christlicher Metallarbeiterverband die Unterstützung aller denkenden Berufsangehörigen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 2. Juni im Paulushaus tagende Versammlung christlich-nationaler Metallarbeiter aller Branchen verurteilt auf das entschiedenste die Gründung gelber Werkvereine. Dieselben sind nicht geeignet, zur Förderung des wirtschaftlichen Friedens beizutragen, da der Zweck ihrer Gründung die Unterbindung wirtschaftlicher Selbstständigkeit und Rechte der Metallarbeiterschaft ist. Auf Anregung von Unternehmern gegründet, von diesen finanziell unterstützt und beherrscht, kann eine solche Bewegung niemals zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter beitragen, sondern muß zur weiteren Entrechtung der Persönlichkeit führen.

Der grundsätzliche Verzicht auf das Streikrecht muß zur Bedeutungslosigkeit der Metallarbeiterschaft führen. Daher erzeugen die gelben Werkvereine lediglich eine nach allen Seiten hin schädigende Zersplitterung, die geeignet ist, den um berechtigten Forderungen kämpfenden in den Rücken zu fallen. Es kann daher eine herartige Bewegung, die den Arbeiter zum Verräter seiner Interessen stampelt, nicht im nationalen Interesse liegen, da hierdurch nicht charakterfeste Männer, sondern Feiglinge erzogen werden. Auch das deutsche Unternehmertum sollte im Interesse der Allgemeinheit möglichst bald zu der Einsicht kommen, daß die vitalsten Interessen der deutschen Industrie — der Erhaltung und Steigerung des Anteils am Auslandsmarkte — niemals durch eine entmannte, geistig tiefstehende, sondern nur durch eine aufrechte, selbstbewußte und intelligente Arbeiterschaft gefördert werden können.

Die Versammlung verpflichtet sich, diesen Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, durch den Ausbau einer auf nationalen Grundsätzen stehenden gewerkschaftlichen Organisation, in der sich die Angehörigen der christlichen Konfessionen Deutschlands vereinigen, entgegen zu arbeiten. Eine derartige Organisation ist der christliche Metallarbeiterverband, an dem die christlich organisierte Metallarbeiterschaft in Treue festhält und mit aller Kraft an dessen weiterer Stärkung und Ausbreitung arbeiten wird.

Essen-Muhr. Die hiesige Ortsverwaltung des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes fühlt das Bedürfnis, sich in der hiesigen sozialdemokratischen Arbeiterzeitung (Nr. 129) einmal wieder als die alleinige Vertreterin der Interessen der Kruppischen Arbeiter aufzuspielen. Wohl gemerkt, der „deutsche“ Metallarbeiterverband, der in den letzten Jahren fast täglich den Beweis dafür erbracht hat, daß ihm die Parteinteressen höher stehen, als das Wohl der Kruppischen Arbeiter. Gerade in der Bekämpfung des christlichen Metallarbeiterverbandes erblickt er eine seiner Hauptaufgaben. Das wird nicht nur

durch die jahrelangen Kämpfe bei den Krupp'schen Krankenkassenwahlen, bewiesen, sondern auf Schritt und Tritt wird versucht, den verhassten Christlichen einzuzubringen. Wer nun annimmt, daß der „deutsche“ Metallarbeiterverband wenigstens den Versuch machte, das Los der Krupp'schen Arbeiter zu verbessern, täuscht sich ganz gewaltig. Er will aber natürlich „auch etwas getan haben“. Als der christliche Metallarbeiterverband im vergangenen Jahre an die Firma Krupp eine Eingabe, enthaltend die Wünsche und Beschwerden der Krupp'schen Arbeiter, sandte, wurde derselben der Genosse eine öffentliche Verurteilung einbringen, in der die Wünsche der Krupp'schen Arbeiter behandelt werden sollten — in der tatsächlich jedoch nur die Eingabe der Christlichen kritisiert und als „Bittschrift“ hingestellt wurde. Dies hielt aber den „großen Deutschen“ nicht ab, nach einiger Zeit auch eine solche „Bittschrift“ an die Firma Krupp zu richten.

Solche und ähnliche „Selbsttaten“ riefen sich noch mehrere aufzählen. Wenn man aber fragt: „Was ist an praktischer Arbeit von jener Seite geleistet worden?“ so wird man sehr wenig zu hören bekommen. Das eine muß man dem „deutschen“ Metallarbeiterverband lassen: möglichst radikal auftreten, viel und kräftig schimpfen, das hat er immer getan. Wir erinnern nur an die „berühmte“ Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Hue im Reichstage über die Alfordbülge auf der Krupp'schen Fabrik. Auch kürzlich ist im Reichstage von dem Genossen Brandes kräftig vom Leder gezogen worden. Aber was ist praktisch dabei herausgekommen? In der 9. mechanischen Werkstätte konnten damals, nach der Rede Hue's, die Arbeiter einen „Erfolg“, aber einen für sie ungenügenden erzielen; es wurde nämlich von da ab jede Arbeit viel genauer kontrolliert und, wenn sie nicht ganz korrekt war, beanstandet. Im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in Essen wird noch nach dem Rezept gearbeitet, das damals der frühere Vorsitzende Franz Gmoll gegeben hat. Er sagte nämlich, als Kollegen der Bänderfabrik vorstellig werden wollten, um gewisse Wünsche und Beschwerden der Betriebsleitung zu unterbreiten: „Wir haben Leute genug auf dem Straßenpflaster liegen, jetzt wird nichts mehr gemacht.“ Heute wird noch genau so verfahren. Als beispielsweise in letzter Zeit die christlichen Kollegen in verschiedenen Betrieben der Firma Krupp, so im Fahrzeugbau II und III in der Krupp'schen Klempterei sowie in der Säbenschleiferei, an die im deutschen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen herantreten, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben zu verbessern, durften diese „freien“ Gewerkschaftler auf Geheiß von oben, teilweise gegen ihren Willen, nicht mitmachen. Auch bei der Tarifbewegung im Essener Drahtschloßergewerbe traten sie, nachdem die Vorarbeiten gemeinschaftlich eingeleitet waren, auf einmal zurück und zwar überall mit der Begründung: „Wir machen nicht mit, weil die christlichen Gewerkschaften beim Vergarbeiterstreik nicht mitgestreikt haben.“ Hier sehen wir doch die Feigheit in höchster Potenz, denn anders ist es nicht.

Man muß sich die Widersinnigkeit einer solchen Ausrede erst mal recht vor Augen führen. In verschiedenen Städten stehen beide Organisationen, der christliche und der „freie“ Metallarbeiterverband gemeinschaftlich in Lohnbewegungen, z. B. in Aachen, Bochum, Hagen etc. In den anderen Berufen geht man auf der ganzen Linie gemeinsam vor. Der Schreiner-tarif für den Bezirk Essen ist ebenfalls von beiden Organisationen zusammen erneuert worden, nur in Essen will ausgerechnet gerade der deutsche Metallarbeiterverband nichts mehr mit den christlichen Metallarbeitern zu tun haben. Eine scheinbare Entschuldigung konnten sich diese „tapferen“ Leute gar nicht ausdenken. Oder sollte etwa die hiesige sozialdemokratische Parteileitung ein Haar in der Butter gefunden haben? In dem fraglichen Artikel der „Arbeiterzeitung“ wird u. a. ein sogenanntes Prämien-system, welches vor zwei Jahren in der Krupp'schen Geschloßerei eingeführt wurde, kritisiert. In und für sich ist eine solche Kritik berechtigt. Denn es ist nicht leicht, ein ähnliches sein ausgeklügeltes System auszudenken und irgendwo aufzufinden. Ein System, das mit Recht ein Ausbeutungssystem genannt und von jedem ehrlich denkenden Menschen verurteilt werden muß. Das System ist folgendermaßen aufgebaut:

Die nach dem Prämien-system arbeitenden Leute haben einen Lohn von 3,20 M. bis 4,00 M., der sich nach dem Alter und der Zeit der Beschäftigung richtet. Für die zuarbeitenden Arbeitskräfte wird ein bestimmter Preis festgesetzt, z. B. 10 Pfg. Diesen vollen Preis von 10 Pfg. erhält jeder für jedes Arbeitsstück, bis er seinen anderthalbfachen Schichtlohn erreicht hat. Wer also einen Schichtlohn von 3,60 M. hat, bekommt für 54 Arbeitsstücke den vollen Preis von 10 Pfg. Man soll aber jeder Arbeiter, um seine Qualifikation nachzuweisen, mindestens für 6,00 M. Arbeit liefern. Diese für 6,00 M. hergestellte Arbeit bekommt er aber nicht bezahlt, sondern nur den 1/3fachen Lohn, also bei vorliegendem Beispiel nur 5,40 M. Ist es einem Arbeiter nicht möglich, 60 Arbeitsstücke zu liefern, so muß er gewärtig sein, recht bald vor der Bank zu liegen, bekommt aber für jedes Stück, das weiter der Zahl 60 bleibt, auch nur den halben Alfordpreis; d. h. er bekommt die fehlenden Stücke zu halbem Alfordpreis noch vom anderthalbfachen Schichtlohn abgezogen. 3. B. er liefert bei 1/3fachen Schichtlohn von 5,40 M. 50 Stück, so bekommt er nur 4,90 M., 54 Stück 5,10 M., 58 Stück 5,30 M., 60 Stück 5,40 M., 54 bezahlt. Für jedes weitere Arbeitsstück wird dann die sogenannte Prämie von 50 Prozent, also 5 Pfg., bezahlt. Um 6 M. zu verdienen, müssen also geliefert werden: bei 3,20 M. Schichtlohn = 60 + 24 = 84 Arbeitsstücke, bei 3,60 M. Schichtlohn = 60 + 12 = 72 Arbeitsstücke, bei 4,00 M. Schichtlohn = 60 + — = 60 Arbeitsstücke.

In der Werkstätte wurde aber bis zur Einführung des Prämien-systems durchschnittlich 6,60 M. verdient. Die Arbeiter sollen auch jetzt noch diesen Verdienst erzielen, und es besteht selbstverständlich das Bestreben, an diesen Verdienst heranzukommen. Darum müssen, um 6,60 M. zu verdienen, geliefert werden: bei 3,20 M. Schichtlohn 60 + 36 = 96 Stück, bei 3,60 M. Schichtlohn 60 + 24 = 84 Stück, bei 4,00 M. Schichtlohn 60 + 12 = 72 Stück.

Dabei ist zu bemerken, daß die meisten Alforde nicht auf 10 Pfg., sondern bedeutend niedriger, so zwischen 4—10 Pfg. liegen, somit müssen bei einem 5 Pfg.-Alford z. B. um 6,60 M. zu verdienen, geliefert werden: bei 3,20 M. Schichtlohn 192 Stück pro Tag, bei 3,60 M. Schichtlohn 168 Stück pro Tag, bei 4,00 M. Schichtlohn 144 Stück pro Tag.

Bedenkt man nun noch ferner, daß der Schichtlohn von 6 Pfg. pro Stunde nur nach vollendetem 30. Lebensjahre erreicht wird, und daß der größte Teil der in diesem Prämien-system beschäftigten Arbeiter jüngere Leute sind und ein jeder

das Bestreben hat, möglichst 6,60 M. zu verdienen, so folgt daraus, welche ungeheure Anzahl von Arbeitsstücken geliefert werden, die mit dem halben Preise bezahlt werden. Aus diesem Grunde verurteilt die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes dieses System als ungerecht. Die Prämien bei demselben belohnt nicht den Arbeiter, sondern die Firma, und es ist nicht zu verwundern, wenn die Arbeiter wünschen, dieses System abzuschaffen, besonders da zu befürchten ist, daß das „berühmte“ System in steigendem Maße eingeführt wird. Was hat nun der Deutsche Metallarbeiterverband getan, um sich gegen dieses System zu wehren? Am Mittwoch, dem 1. Mai, fand eine allgemeine Betriebsversammlung für die in der Geschloßerei beschäftigten Arbeiter statt. Auf der Tagesordnung stand u. a. „Soll das in den Geschloßereien eingeführte Prämien-system noch länger bestehen bleiben?“ Es muß erwartet werden, daß alle Arbeiter, die daran interessiert waren, den Wunsch hatten, das System abzuschaffen. Der Deutsche Metallarbeiterverband aber schnte es auch hier wie in anderen Werkstätten ab, sich an den Beratungen und also auch am Vorstelligwerden zu beteiligen. Also, wo es gilt praktische Arbeit zu leisten, wo es gilt, mannhaft und offen der Betriebsleitung die Klagen und Wünsche der Arbeiterschaft vorzutragen, da kneift man einfach und macht nicht mit. Das ist geradezu Arbeiterrerrat. Die christlichen Arbeiter hingegen wurden vorstellig, erst bei der Betriebsleitung und später beim Herrn Betriebschef Jung und zeigten hierdurch ihr eheliches Bestreben, die Wünsche der Arbeiter bei der Firma zu vertreten. Und da wagt der Deutsche Metallarbeiterverband von einer Interessenvertretung zu sprechen! Die ganze Kurage dieser Leute besteht nie immer in einem Vertischen hinter einem Zeitungstitel. Da wird sich „mannhaft“ ausgeschimpft, aber im Betrieb bleibt alles beim alten.

Ein altes Sprichwort lautet: „Sunbe, die so laut bellen, beißen nicht.“ Wenn es aufs Bellen ankommt, stellt der deutsche Metallarbeiterverband in Essen seinen Mann, resp. „Wannau“ voll und ganz. Bei der Krupp'schen Arbeiterschaft aber verfängt dieses nicht mehr, das beweist der Stillstand in den Mitgliederzahlen der hiesigen Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Die Erfolge, die hingegen in den letzten Jahren mit Hilfe des christlichen Metallarbeiterverbandes für die Krupp'schen Arbeiter erzielt wurden, zeigen, wo die wahren Freunde der Arbeiter zu suchen sind. Es kann dieses Verhalten des deutschen Metallarbeiterverbandes unsere Kollegen nicht etwa mutlos oder zaghaft machen, nein, mit doppeltem Eifer und freudiger Hingabe wollen wir auch in Zukunft tätig sein im Dienste der Allgemeinheit. Für jeden Krupp'schen Arbeiter muß aber die Parole lauten: Sinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Bremerhaven. Zwei interessante öffentliche Versammlungen liegen hinter uns. In der ersten referierte Bezirksleiter Kollege Hartmann-Hamburg über den Ruhrbergarbeiterstreik und in der zweiten Kollege Bömeken aus Hannover über das Thema: Stellung der christlichen Gewerkschaften im modernen Wirtschaftsleben. Beide Versammlungen waren gut besucht und nahmen einen vorzüglichen Verlauf. Die Vertreter der sogenannten „freien“ Gewerkschaften hatten sich beidemal in ziemlicher Anzahl eingefunden und ergriffen auch das Wort. Sie wurden aber von dem Referenten, dem Herrn Lehrer Wolf und mehreren Kollegen dermaßen in die Enge getrieben, daß sie vor Schluß der Versammlung schon das Lokal verlassen. Nach vor Jahresfrist suchte man uns zu ignorieren, jetzt wendet man eine andere Methode an: man will uns durch Gewalt in den „freien“ Wandel zwingen. Unsere Kollegen aber wissen, was sie dem christlichen Metallarbeiterverband verdanken. Wir gehen deshalb unabhängig unsern Weg weiter. Unser Kartell besteht jetzt schon aus über 200 Mitgliedern und wächst täglich. „Wir wollen zeigen, daß wir leben und unsern Stand vertreten, auch hier an der Waterkant“, so schloß Kollege Bömeken seinen Vortrag. Wohl an, das soll unsere Lösung sein. Die Kollegen aus nah und fern bitten wir deshalb, auch einmal ihre Schritte nach der Unterwelt zu lenken. Arbeit ist hier für alle Berufe genügend. Es ist auch leicht zu erreichen, einmal auf einem großen Floßschiff Dienst zu nehmen, so fahren etwa 30 Kollegen schon auf Passagierdampfern nach Asien, Amerika und Australien. In der letzten Metallarbeiterversammlung referierte Herr Lehrer Wolf über das Thema: „Der letzte Verzweigungsakt der Berliner Fachabteilungen“. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Wir bedauern die unlautere Kampfweise der Berliner Fachabteilungen, die nur darauf ausgeht, Verwirrung in unsere Reihen zu tragen. Jene Leute werden ihren Zweck nicht erreichen, im Gegenteil, wir katholischen und evangelischen Mitglieder versprechen uns neue, miteinander und füreinander unsere wirtschaftlichen Interessen zu erkämpfen und zu vertreten. Der Versuch der Berliner Richtung soll uns ein Ansporn sein, immer von neuem für unsere christlichen Gewerkschaften einzutreten.“

Literarisches.

Die internationale Friedensbewegung. Von Dr. Hans Wehberg. (Staatsbürger-Bibliothek Heft 22.) 80 (98) M.-Glabach 1911, Volksvereinsverlag. Preis 40 Pfg. postfrei 45 Pfg.

Die internationale Friedensbewegung führt in einen Stoff ein, der gerade neuerdings in besonderem Grade allgemeines Interesse wachruft. Durch die Völker geht mehr und mehr das Sehnen nach friedlicher Beilegung ihrer Streitigkeiten, und so ist es sehr zu begrüßen, daß in vorliegendem Heft, dem Laien leicht faßbar, die Ziele der Friedensbewegung und ihre bisherigen Betätigungen von sachkundiger Feder geschildert werden. Außer den Haager Konferenzen ist der Schiedsgerichtsbarkeit sowie der Rüstungsstillstandsfrage ziemlich viel Raum gewidmet, und der Schluß der Abhandlung, der die Träger des Friedensgedankens zum Gegenstand hat, ergänzt den fliegenden, wohlüberlegten Vortrag zu abgerundeter Einheit. Das neue Heft wird bald eine reiche Schar von Freunden haben, zumal es seinen inneren Wert auf die Literaturberücksichtigung erster Kenner der Sache gründet.

Gelbesänge bei der Hauptkasse.

Monat Mai
 Schwabach 129,51 M., Nischangenburg 46,58, Braunschwieg 94,13, Bromberg 75,42, Sattowitz 293,50, Hoven 350,—, Banzhen 9,—, Werbold 131,86, Groß-Anheim 30,10, München 884,67, Wasseralfingen 1186,14, Eupen 82,78, Fulda 43,74,

Murnberg 500, Pegnitz 235,97, Meheim 1594,63, Solingen 690,05, Grandenz 59,89, Schweinfurt 12,—, Frankfurt a. M. 175,06, M.-Glabach 684,61, Straßburg 9,60, Bodentöhl 142,30, Hannover 500,—, Ralsau 269,10, Meifen 26,38, Güttenbach 189,10, Singen 261,09, Olpe 435,77, Speyer 77,56, Köln 6066,72, Höchst a. M. 232,19, Flensburg 269,25, Berlin 224,15, Frankenthal 196,98, Schweinfurt 455,91, Esslingen 138,07, Barmen 500,—, Triberg 200,—, Ludwigs-hafen 290,83, Ulme 298,17, Dierichsdatt 100,50, Rheine 891,28, Stuttgart 300,—, Mannheim 433,63, Schweinfurt 300,—, Furthmang 233,78, Bonn 76,65, Stegen 1729,11, Stolberg 288,07, Triebberg 142,30, Bremen 266,76, Gölitz 95,73, Män-chen 28,—, Freiburg i. B. 278,16, Düsseldorf 1000,—, Vörrach 87,45, Offenbach 977,25, Wolfenbüttel 3,13, Mülheim-Über-hausen 500,—, Köln 2100,—, Chemnitz 175,—, Hamun 101,85, Göttingen 40,—, Merzweiler 15,86, Aachen 1200,—, Lands-hut 59,76, Warstein 55,—, Erlangen 49,68, Zweibrücken 50,—, Worms 60,—, Mülheim-Überhausen 456,73, Delmenhorst 58,90, Solingen 1000,—, Heilbronn 9,91, Hamun 1500,—, Augsburg 200,—, Hagen 1000,—, Barmen 700,—, Seidenheim 45,30, Hameln 57,15, Ulm 120,—, Stolberg 800,—, Bergen 126,40, Lippstadt 300,—, Dülken 420,56, Niederreifenberg 130,—, Men-den 1265,05, Dessau 129,13, Föbde 75,27, Saarbrücken 627,90, Weiherhammer 81,55, Zweibrücken 68,35, Dären 331,60, Bochum 413,80, Essen 3500,—, Lauterbach 68,97, Flensburg 300,—, Düsseldorf 1200,— M.

Briefkasten.

Kollege F. P. B. S. p. d. e.: Gewiß, der Gewerkschaftler soll nicht allein zählen, sondern sich auch als Gewerkschaftler betätigen. Das erstere ist aber auch unvermeidlich und wichtig. Siehe Dir nur einmal die 3. Zuschrift „Zur General-versammlung“ in vorliegender Nr. genau an.
 Nach Meheim: Es war nur der „Druckfettertaufel“, der die Rechte der Sauerländer Kollegen zu beschneiden suchte.

Sterbetafel.

Köln. Am 25. Mai starb unser Kollege Wilhelm Dreinhagen infolge Gehirnvereiterung im Alter von 35 Jahren.
 Duisburg-Rheinhausen. Am 17. Juni starb unser Kollege Fischer im Alter von 24 Jahren an den Folgen eines Betriebsunfalles.
 Oberhausen (Mhd.) Am 12. Juni starb unser treuer Kollege Wilhelm Flammersfeld im Alter von 65 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung.
 Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!
 Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 22. Juni.
 Düsseldorf-Ratingen. Abends 8 Uhr bei Kitzler, Bechemerstr.
 Dortmund-Vorfeld. Abends 8 Uhr bei Sturm.
 Götting. Abends 8 Uhr mit Frauen im Erlöhungshaus.
 Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
 Köln-Grenfeld. Abends 9 Uhr bei Kornbrüder, Kelterstraße.
 Köln-Sumboldt-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Gut, Wallstraße.
 Meiberg. Abends 8.30 Uhr bei Lehmann, Wilhelmstraße 90.
 Weibert. Abends 8.30 Uhr bei Festinger, Kirchstraße 12.

Sonntag, den 23. Juni.
 Berlin-Oberschöneweide. Abends 7 Uhr bei Olesch.
 Gail (Siefel). Öffentl. Versammlung in Reichen bei Käber.
 Duisburg-Weiberich. Versamml. mit Frauen bei Fajerkamp.
 Duisburg-Waheimerort. Abends 8 Uhr mit Frauen bei Kastepe, Fischerstraße.
 Duisburg-Großenbaum. Morgens 10.30 Uhr bei Schenkel am Seltersberg.
 Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Kreislinger, Rother Kreuzweg, Mühlentstraße.
 Essen-Former- und Gieberei- und Arbeiter. Die Brandenversamm. findet in Gattlingen statt. Abfahrt: Vorm. 8.02 Uhr vom Hauptbahnhof Essen.
 Fern. Vorm. 11 Uhr bei Stemmberg, christl. Gewerkschaftshaus.
 Lützenrich. Ausflug nach Berlenbaum. Ab: 1 Uhr vom Lokal Diemer.
 Meheim-Ovingen. Nachm. 3 Uhr bei Böde.
 Vora-Norbad. Morgens 10.30 Uhr bei Demmer in Urbach.
 Siegburg. Vorm. 10.30 Uhr im Lokale Mitoritten.

Montag, den 24. Juni.
 Flensburg. Abends 8.15 Uhr im Hotel Daburg. Referent: Kollege Dohler-Bremen.

Dienstag, den 25. Juni.
 Mülheim-Rhein. Abends 8.30 Uhr Bezirks-Mitglieder-Versammlung.
 Weibert-Former. Abends 8.30 Uhr bei Festinger, Kirchstraße 12.

Donnerstag, den 27. Juni.
 Duisburg (Schloffer und Schmiede). Abends 8.30 Uhr bei Janienkamp, Ecke Friedrich-Wilhelm- und Wallstraße.
 Karlsruhe-Göttingen. Abends Sektionsversammlung.

Samstag, den 29. Juni.
 Bremen. Abends 8.45 Uhr im Verkehrslokal Kassehaus, Düffernstr. 2.
 Dortmund I. Abends 9 Uhr im Christl. Gewerkschaftshaus, Westerblickstraße.
 Duisburg-Rendort. Abends 8.30 Uhr bei Franz Wolter, Ecke Sternbuschweg und Kolontstraße.
 Götting. Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof.
 Göttingen-Schalke. Abends 8 Uhr öffentl. Versammlungen des Kartells im Gesellschaftshaus Eintracht und im ev. Vereinshaus. Referenten: Hedemann-Bochum und Weiber-Duisburg. Weitere öffentl. Vers. finden statt: Vorm. 11 Uhr in Rothhausen bei H. Teumer; Nachm. 4 Uhr in Wattenfeld bei Ahmann; Vorm. 11 Uhr in Wanne bei Unterschmann; Nachm. 4 Uhr in Eidel bei Mendel. Ref.: Koll. Gieseler und Jumbusch.
 Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Laßstraße 97.
 Köln. Abends 9 Uhr im Bierfeld, Breitestraße.
 Mülheim-Dümwald. Abends 9 Uhr im Lokale Müller.
 Meheim-Nachen. Vorm. 11.30 Uhr bei Bodemann.
 Meheim-Berg. Nachm. 2 Uhr bei Franz.
 Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 6 Uhr bei Weimann.

Sonntag, den 30. Juni.
 Karlsruhe. Vorm. 10 Uhr im Palmgarten Vorst. und Vertm.-Sitzung. Abrechnung mit dem Ortsleiter.
 Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Königsherg, Bremerstr. 14.
 Meheim-Schl. Abends 8 Uhr mit Frauen bei Westermann.
 Reinfirchen. Abends 8 Uhr im Stern bei Schleppl.
 Rath-Dumar. Morgens 11 Uhr bei Klein, Röselerstraße.

Wir gedenken Mitte Juli in Leipzig, Sebnitzerstr. 21, ein zu eröffnen. Zimmer mit 1, 2, 3 und 4 Betten im Preise von 75 Pfg. bis 1.50 pro Bett. Sämtliche Zimmer sind mit Zentralheizung und elektrischem Licht ausgestattet. Große und freundliche Restaurationsräume. Bannen- und Brauereibier im Hause.
 Wir erlauben uns, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf dieses neue Gasthaus aufmerksam zu machen und sie zu bitten, dort einzutreten, falls sie nach Leipzig kommen.
 Der Verein für Innere Mission zu Leipzig.
 auf größere Fleckenarbeiten und Reservierte zahlte und dauernde Stellung bei G. Weber, Centralheizungs-fabrik, Lauriane (Schweiz), 12496 L.